



CDU

65. Kreisparteitag

Samstag, 29. August 2015, Odenthal

Berichte

**der Vereinigungen,
Sonderorganisationen,
der Abgeordneten
und der Kreisgeschäftsstelle**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Kreisgeschäftsführers	3
Übersicht der Stadt- und Gemeindeverbände.....	5
Kreisparteitage	9
Kreismitgliederversammlung.....	11
Kreisvorstand.....	12
Schatzmeisterkonferenzen.....	13
Mitgliederentwicklung.....	14
Veranstaltungen des Kreisverbandes.....	15
CDUinform	16
Wahlkampfprodukte.....	17
CDU-Center.....	18
Senioren-Union	19
Junge Union.....	22
Christlich-Demokratische Arbeitnehmer (CDA)	24
Kommunalpolitische Vereinigung (KPV)	25
Arbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (ACDJ).....	26
Evangelischer Arbeitskreis (EAK)	27
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT)	28
Bericht des Europab Abgeordneten Herbert Reul	31
Bericht der Landtagsabgeordneten Rainer Deppe und Holger Müller	39
Internet, Soziale Medien, Impressum.....	44

Vorwort

***Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Teilnehmer des 65. Kreisparteitags der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis,***

wie stets zu Wahlparteitagen legt Ihnen der Kreisvorstand zum diesjährigen 65. Kreisparteitag die Geschäftsberichte vor, um Sie in der gebotenen Kürze über die Arbeit der Kreispartei in den vergangenen zwei Jahren zu informieren. Diese Broschüre enthält neben dem Bericht der Kreisgeschäftsstelle auch die Berichte der Abgeordneten sowie der Vereinigungen und Sonderorganisationen, die zur Vorlage eingereicht wurden.

Seit dem letzten Wahlparteitag im Jahr 2013 ist sehr viel passiert. Im September erzielte Wolfgang Bosbach ein spektakuläres Ergebnis bei der Bundestagswahl. Nach 1994, 1998, 2002, 2005 und 2009 sicherte er sich zum sechsten Mal in Folge das Direktmandat im Rheinisch-Bergischen Kreis. Und das mit einem absoluten Traumergebnis. Sein ohnehin schon hervorragendes Ergebnis von 50% in 2009 konnte er nochmals um 8,5% auf 58,5% steigern. Bundesweiter Spitzenreiter war Bosbach bei der Betrachtung der Differenz zwischen Erststimmen- und Zweitstimmen-ergebnis: 14,7% der Wähler (absolut 24.641 Stimmen) haben ihn gewählt – die CDU aber nicht. Ein Ausweis seiner Beliebtheit über die Parteigrenzen hinweg. Auf Platz 2 in Deutschland lag übrigens mit einem Abstand von 10,5% (17.460 Stimmen) die Kandidatin des Wahlkreises 15: Bundeskanzlerin Angela Merkel!

Nicht nur Wolfgang Bosbach konnte kräftig zulegen, auch die Kreis-CDU schnitt bei der Zweitstimme hervorragend ab und gewann kräftig hinzu. So konnte man im Jahr 2009 „nur“ 58.572 Stimmen (35,5%) auf sich vereinen. In 2013 erreichte die CDU 43,6% und absolut 73.262 Stimmen. Dies entsprach einer Steigerung von 14.690 Stimmen oder 8,1%.

Das Jahr 2014 stand ganz im Zeichen der Kommunal- und Europawahlen. Lutz Urbach, Stefan Caplan und Marcus Mombauer holten jeweils die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang und blieben somit Bürgermeister ihrer Städte. In Overath, Kürten und Leichlingen gingen die Bürgermeister-Stichwahlen leider jeweils deutlich für die CDU verloren.

Das Europawahlergebnis im RBK war sehr gut. Besonders beim Vergleich zum Landes- und Bundesergebnis, bei dem der RBK 2,8 % bzw. 3,1% besser war, wurde deutlich, dass Herbert Reul einen hervorragenden Wahlkampf hingelegt hatte. Insgesamt kam die CDU auf eine Zustimmung von 38,4%.

Bei der Kreistagswahl konnten alle Wahlkreise direkt gewonnen werden und das Ergebnis von 2009 von 38,4% auf 41,1% gesteigert werden. Bis auf Leichlingen haben alle Stadt- und Gemeindeverbände bei der Kreistagswahl hinzugewonnen. Ein toller Erfolg für den gesamten Kreisverband.

Auch die Ratswahlen verliefen erfolgreich. In Bergisch Gladbach konnte das Ergebnis aus 2009 um 1,6% auf 41,9% gesteigert werden. Die Burscheider Parteifreunde verbesserten das Ergebnis um 6,6% auf 37,6%. In Kürten konnten wieder alle Direktwahlkreise gewonnen werden, was mit einer weiteren Steigerung des 2009er-Ergebnisses um 4,7% auf 38,2% einherging. Auch Leichlingen konnte sich um 1,6% steigern und kam auf 31,4% Zustimmung. Die Odenthaler schafften mit 50,2% die absolute Mehrheit im Rat und gewannen sage und schreibe 9,7% gegenüber 2009

hinzu. Eine ähnliche Steigerung verzeichneten die Wermelskirchener, die um 8,5% zulegen konnten und ein Gesamtergebnis von 36,1% erzielten. Einzig und allein in Rösraath verlor die CDU leicht um 0,7% und kam auf 35,7%.

Im Jahr 2015, in dem unser Kreisverband 70 Jahre alt wird, kämpft die CDU in Odenthal und Wermelskirchen für ihre Kandidaten Michaela Bräutigam und Stefan Leßenich, damit diese am 13. September die dort vakanten Bürgermeisterstellen gewinnen. Die Möglichkeit, bald wieder fünf der acht Bürgermeisterpositionen im Rheinisch-Bergischen Kreis besetzen zu können, sollte uns allen Ansporn sein, die nächsten Wochen für einen intensiven und leidenschaftlichen Wahlkampf zu nutzen. Helfen Sie mit!

Gerne nutze ich die Gelegenheit, mich an dieser Stelle bei allen ehrenamtlich Tätigen in den Vorständen sowie bei den Rats- und Kreistagsmitgliedern für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken. Ein ganz besonderer Dank gilt unseren Vereinigungen, die unsere politische Arbeit mit viel Engagement und Herzblut bereichern. Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen des CDU-Centers für die außerordentlich hohe Motivation, Leistungsbereitschaft und Loyalität jeder Einzelnen. Sie leisten der CDU treue Dienste und verdienen unser aller Dank und Anerkennung.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Frank', written in a cursive style.

Thomas Frank
Kreisgeschäftsführer

CDU-Verbände

Der CDU-Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis gliedert sich regional in 8 Stadt- und Gemeindeverbände und 18 Ortsverbände. Kommunalpolitisch stellt er den Landrat, 3 von 8 Bürgermeistern, die CDU-Kreistagsfraktion mit 27 Abgeordneten sowie 8 Fraktionen in den Stadt- und Gemeinderäten.

Stadtverband Bergisch Gladbach

Anzahl der Ortsverbände:	7
Anzahl der Mitglieder:	740
Letzte Neuwahl des Vorstandes:	19.05.2015
Vorsitzender:	Thomas Hartmann
Bürgermeister:	Lutz Urbach
Landtagsabgeordneter:	Holger Müller
Anzahl der Fraktionsmitglieder:	26
Fraktionsvorsitzender:	Peter Mömkes
Email:	info@cdu.gl
Homepage:	www.cdu.gl

Stadtverband Burscheid

Anzahl der Mitglieder:	133
Letzte Neuwahl des Vorstandes:	23.04.2015
Vorsitzende:	Erika Gewehr
Bürgermeister:	Stefan Caplan
Landtagsabgeordneter:	Rainer Deppe
Anzahl der Fraktionsmitglieder:	16
Fraktionsvorsitzender:	Dr. Hartmut Schepanski
Email:	buero@cdu-burscheid.de
Homepage:	www.cdu-burscheid.de

Gemeindeverband Kürten

Anzahl der Ortsverbände:	6
Anzahl der Mitglieder:	235
Letzte Neuwahl des Vorstandes:	22.06.2015
Vorsitzender:	Sebastian Wurth
Landtagsabgeordneter:	Rainer Deppe
Anzahl der Fraktionsmitglieder:	16
Fraktionsvorsitzender:	Jochen Zähl
Email:	info@cdu-kuerten.de
Homepage:	www.cdu-kuerten.de

Stadtverband Leichlingen

Anzahl der Ortsverbände:	2
Anzahl der Mitglieder:	255
Letzte Neuwahl des Vorstandes:	21.03.2015
Vorsitzender:	Maurice Winter
Landtagsabgeordneter:	Rainer Deppe
Anzahl der Fraktionsmitglieder:	10
Fraktionsvorsitzender:	Helmut Wagner
Email:	info@cdu-leichlingen.de
Homepage:	www.cdu-leichlingen.de

Gemeindeverband Odenthal

Anzahl der Mitglieder:	238
Letzte Neuwahl des Vorstandes:	04.03.2015
Vorsitzender:	Hubertus Prinz zu Sayn-Wittgenstein
Landtagsabgeordneter:	Rainer Deppe
Anzahl der Fraktionsmitglieder:	17
Fraktionsvorsitzende:	Michaela Bräutigam
Email:	info@cdu-odenthal.de
Homepage:	www.cdu-odenthal.de

Stadtverband Overath

Anzahl der Mitglieder:	227
Letzte Neuwahl des Vorstandes:	16.04.2015
Vorsitzender:	Hartmut Kohkemper
Landtagsabgeordneter:	Rainer Deppe
Anzahl der Fraktionsmitglieder:	19
Fraktionsvorsitzender:	Oliver Hahn
Email:	post@cdu-overath.de
Homepage:	www.cdu-overath.de

Stadtverband Rösra

Anzahl der Mitglieder:	177
Letzte Neuwahl des Vorstandes:	17.04.2015
Vorsitzender:	Uwe Pakendorf
Bürgermeister:	Marcus Maria Mombauer
Landtagsabgeordneter:	Holger Müller
Anzahl der Fraktionsmitglieder:	17
Fraktionsvorsitzender:	Erhard Füsser
Email:	post@cdu-roesrath.de
Homepage:	www.cdu-roesrath.de

Stadtverband Wermelskirchen

Anzahl der Ortsverbände:	3
Anzahl der Mitglieder:	260
Letzte Neuwahl des Vorstandes:	23.06.2015
Vorsitzender:	Christian Klicki
Landtagsabgeordneter:	Rainer Deppe
Anzahl der Fraktionsmitglieder:	19
Fraktionsvorsitzender:	Christian Klicki
Email:	info@cdu-wermelskirchen.de
Homepage:	www.cdu-wermelskirchen.de

Kreisparteitage

Im Berichtszeitraum fanden 2 Kreisparteitage statt:

63. Kreisparteitag, 8. Juni 2013, Bergisch Gladbach

Im Mittelpunkt des Parteitags standen die bevorstehende Bundestagswahl und der Start der Kampagne „Wir für WoBo“. Außerdem standen die Wahlen zum Kreisvorstand, zum Kreispartei-gericht sowie die Wahl der Vertreter zur Landesvertreterversammlung der CDU Nordrhein-Westfalen zur Aufstellung der Landesliste zur Europawahl 2014 auf dem Programm.

Ergebnisse der Wahlen zum Kreisvorstand

Kreisvorsitzender	Rainer Deppe 153 Ja-Stimmen, 4 Nein, 1 Enth. (93,68%)
Stellvertretende Kreisvorsitzende	Vera Müller 139 Stimmen (87,97%) Lutz Urbach 117 Stimmen (74,04%) Martin Bosbach 88 Stimmen (55,70%) Wolfgang Büscher 86 Stimmen (54,43%)
Kreisschatzmeister	Eduard Wolf 146 Ja-Stimmen, 4 Nein, 3 Ent. (97,33%)
Kreisschriftführer	Lennart Höring 152 Ja-Stimmen, 1 Nein, 3 Enth. (99,35%)
Kreispressesprecher	Uwe Pakendorf 146 Ja-Stimmen, 4 Nein, 4 Enth. (96,69%)
Beisitzer des Kreisvorstandes	Michaela Bräutigam 125 Stimmen (80,13%) Sylvia Wöber-Servaes 96 Stimmen (61,54%) Elke Lehnert 93 Stimmen (59,62%) Dr. Michael Metten 86 Stimmen (55,13%) Therese Rehn 79 Stimmen (50,64%) Christian Buchen 76 Stimmen (48,72%) Uwe Bruchhausen 73 Stimmen (46,79%) Werner Allendorf 64 Stimmen (41,03%) Christopher Schiefer 64 Stimmen (41,03%) Sebastian Wurth 64 Stimmen (41,03%) Marc Baack 61 Stimmen (39,10%) Thorsten Schmalt 61 Stimmen (39,10%) Christian Klicki 48 Stimmen (30,77%) Peter Dresbach 41 Stimmen (26,28%) Robert Martin Kraus 34 Stimmen (21,79%)
Kassenprüfer	Christa Michaski-Tang, Odenthal Martin Derda, Bergisch Gladbach

Wahl von 4 Vertretern und Ersatzvertretern zur Landesvertreterversammlung der CDU NRW zur Aufstellung der Landesliste zur Europawahl
in der Reihenfolge der gültigen abgegebenen Stimmen

Name	Stimmen	Funktion
Rainer Deppe	110	Vertreter
Vera Müller	93	Vertreter
Herbert Reul	87	Vertreter
Lutz Urbach	51	Vertreter
Höring, Lennart	42	Ersatzvertreter
Uwe Pakendorf	41	Ersatzvertreter
Eduard Wolf	37	Ersatzvertreter
Martin Bosbach	32	Ersatzvertreter
Wolfgang Büscher	13	Ersatzvertreter

Wahl des Kreisparteigerichts

Vorsitzende:	Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Hans-Joachim Franke
Ordentl. Mitglied	Ferdinand Schönenborn
Stellv. Mitglied	Dr. Julia Palm
Stellv. Mitglied	Jürgen Weidemann

64. Kreisparteitag, 22. Oktober 2014, Bergisch Gladbach

Im Mittelpunkt des 64. Kreisparteitags stand die Beratung und Beschlussfassung des Antrags „Breitbandoffensive ist Kernaufgabe im Kreis“. Gastredner zu diesem Thema war der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, **Alexander Dobrindt MdB**. Die Anträge „Koordination der Bereitschaftsdienste von Ärzten und Apotheken“ der Senioren Union Burscheid und „Mobilität für unsere Generation sichern und ausbauen“ der Jungen Union Rheinisch-Bergischer Kreis wurden einstimmig beschlossen. Außerdem fanden die Wahlen der der Delegierten zu den Landes- und Bundesparteitagen statt:

Wahl der Delegierten zum Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen

in der Reihenfolge der gültigen abgegebenen Stimmen

Name	Stimmen	Funktion
Rainer Deppe	96	Delegierter
Elke Lehnert	56	Delegierter
Holger Müller	49	Delegierter
Thomas Frank	47	Delegierter
Lennart Höring	47	Delegierte
Doro Dietsch	41	Delegierter
Heike Lehmann	40	Delegierte
Herbert Reul	40	Delegierter
Uwe Pakendorf	39	Delegierter
Diego Faßnacht	38	Ersatzdelegierter
Uwe Bruchhausen	37	Ersatzdelegierter
Therese Rehn	37	Ersatzdelegierter
Christian Klicki	29	Ersatzdelegierter

Silke Riemscheid	29	Ersatzdelegierte
Linda Stillger	27	Ersatzdelegierte
Christian Buchen	26	Ersatzdelegierte
Peter Dresbach	16	Ersatzdelegierte
Sebastian Weiss	16	Ersatzdelegierter
Argirios Papazoglou	9	Ersatzdelegierter
Helmut Müller	7	Ersatzdelegierter
Reiner Höpken	5	Ersatzdelegierter

Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag der CDU Deutschlands

in der Reihenfolge der gültigen abgegebenen Stimmen

Name	Stimmen	Funktion
Wolfgang Bosbach	88	Delegierter
Thomas Frank	51	Delegierter
Vera Müller	45	Delegierter
Lennart Höring	37	Delegierter
Uwe Pakendorf	31	Ersatzdelegierter
Sylvia Wöber-Servaes	26	Ersatzdelegierte
Christian Klicki	23	Ersatzdelegierter
Therese Rehn	22	Ersatzdelegierte
Hubertus zu Sayn-Wittgenstein	21	Ersatzdelegierte
Silke Riemscheid	20	Ersatzdelegierter
Dr. Markus Heider	14	Ersatzdelegierter
Reiner Höpken	4	Ersatzdelegierter

Kreismitgliederversammlungen

Im Berichtszeitraum fand eine Kreismitgliederversammlung statt:

Am 25. Januar 2014 fand im Schulzentrum Odenthal eine Kreismitgliederversammlung zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Kreistagswahl 2014 statt. 266 stimmberechtigte Mitglieder waren anwesend und stellten die Bewerber und Ersatzbewerber für die 27 Wahlbezirke sowie die mit 80 Personen besetzte Reserveliste auf.

Kreisvorstand

Der Kreisvorstand tagte im Berichtszeitraum 15-mal. Hiervon waren 10 Sitzungen Zusammenkünfte des Erweiterten Kreisvorstands.

Nachfolgende Liste gibt die Anwesenheit der gewählten Mitglieder des Kreisvorstandes an den Sitzungen des Berichtszeitraumes wieder:

Name	Teilnahmen
Allendorf, Werner	9
Bosbach, Martin	7
Bräutigam, Michaela	7
Bruchhausen, Uwe	7
Buchen, Christian	12
Büscher, Wolfgang	11
Deppe, Rainer	15
Höring, Lennart	12
Lehnert, Elke	11
Metten, Dr. Michael	6
Müller, Vera	8
Pakendorf, Uwe	11
Rehn, Therese	11
Schiefer, Christopher	13
Urbach, Lutz	9
Wöber-Servaes, Sylvia	8
Wolf, Eduard	7
Wurth, Sebastian	7

Schatzmeisterkonferenzen

Im Berichtszeitraum fand eine Schatzmeisterkonferenz statt.

28. November 2013, Bergisch Gladbach

Kreisschatzmeister Eduard Wolf lobte die ehrenamtlich tätigen Schatzmeister für die gute Arbeit für das Berichtsjahr 2012. Schwerpunkt der Konferenz war der Vortrag des Steuerberaters Marc Bonneck, der auf Neuerungen und mögliche Fehlerquellen hinwies. Außerdem stand er zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Kassenprüfung für die Haushaltsjahre 2013 und 2014

Die Kasse wurde am 12. August 2015 vom bestellten Kassenprüfer Martin Derda geprüft. Frau Michalski-Tang war wegen Krankheit leider verhindert.

Der Bericht wird auf dem 65. Kreisparteitag am 29. August 2015 vorgetragen. Gestützt auf die Berichte des Steuerberaters der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis kommen die Prüfer zu folgendem Ergebnis:

„Die Buchführung und das Belegwesen des CDU Kreisverbandes geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Bank- und Rechnungsbelege sind prüfbar registriert. Alle Finanzmittel der Partei wurden, soweit für mich erkennbar, satzungsgemäß verwendet. Besondere Anerkennung verdient die sorgfältige Arbeit der Mitarbeiterinnen Inga Gottschalk und Susanne Burghoff. Aufgrund dieses Ergebnisses wird die Entlastung des Kreispartei Vorstandes für die Jahre 2013 und 2014 beantragt.“

Mitgliederentwicklung

Am 24. August 2015 hatte die CDU Rheinisch-Bergischer Kreis 2.271 Mitglieder (davon 603 weibliche Mitglieder, 26,55 %). Im Berichtszeitraum konnte die Kreispartei insgesamt 150 Neumitglieder aufnehmen. Die Gesamtzahl der Austritte betrug 365 (hiervon 87 Sterbefälle, 43 Mitglieder verlor die CDU durch Karteibereinigung wegen Beitragsrückständen, 18 Mitglieder sind verzogen und wurden in andere Kreisverbände überwiesen).

Die Mitgliederzahlen der einzelnen Stadt- und Gemeindeverbände per 24. August 2015

Verband	Mitglieder	Alters- durchschnitt	Mitglieder über 80 Jahre
Bergisch Gladbach:	740	64,5 Jahre	153
Burscheid:	133	59,7 Jahre	8
Kürten:	235	60,4 Jahre	22
Leichlingen:	255	63,8 Jahre	48
Odenthal:	238	61,1 Jahre	29
Overath:	227	58,8 Jahre	28
Rösrath:	177	59,9 Jahre	24
Wermelskirchen:	260	61,5 Jahre	36
Nur Kreisverband:	6		

Das Durchschnittsalter der CDU-Mitglieder beträgt auf den Kreisverband berechnet 62,1 Jahre. 571 Mitglieder sind zwischen 70 und 79 Jahren alt, 347 Mitglieder sind älter als 80 Jahre. In der Altersspanne zwischen 20 und 39 Jahren hat die CDU Rhein-Berg 285 Mitglieder.

Veranstaltungen

Politischer Aschermittwoch

- 05.03.2014, **Prof. Dr. Norbert Lammert MdB**, Präsident des Deutschen Bundestages
- 18.02.2015, **Bodo Löttgen**, Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen

Im politischen Leben unseres Kreises hat sich die Veranstaltung des CDU-Kreisverbandes zum „Politischen Aschermittwoch“ einen festen Platz. Mitglieder und Freunde der CDU nehmen regen Anteil an dieser zur Tradition gewordenen Einrichtung.

Neumitglieder-Treffen

- 05.02.2014
- 25.02.2015

In lockerer Runde stellen sich der Kreisvorsitzende und Kreisgeschäftsführer den Neumitgliedern vor. Die neuen Mitglieder werden über den Aufbau und die Arbeitsweise der Kreispartei, die Aktivitäten in den Stadt- und Gemeindeverbänden und über die Mitwirkungsmöglichkeiten informiert. Ein reger Gedankenaustausch zu aktuellen Themen der Politik rundet diese beliebte Veranstaltung ab.

Paul-Lücke-Gespräch

- 01.07.2013, **Sabatina James**, Autorin, „Verbrechen im Namen der Ehre“
- 23.06.2014, **Birgit Kelle**, Autorin, „Was kommt, wenn die Familie geht?“
- 29.06.2015, **Prof. James D. Bindenagel**, Ehem. US-Botschafter, „Partnerschaft auf Augenhöhe? Wie steht es um die deutsch-amerikanischen Beziehungen?“

Zum Gedenken an Paul Lücke – Bundeswohnungsbauminister von 1957 bis 1965 und Bundesinnenminister von 1965 bis 1968 -, der zu seinem Namenstag am 29. Juni Freunde und politische Weggefährten um sich versammelte, hat die Rheinisch-Bergische CDU diesen Brauch aufgegriffen und lädt jedes Jahr um den Namenstag von Paul Lücke zum Gespräch ein, in dessen Mittelpunkt jeweils ein gesellschaftspolitisches Thema steht.

Ehrung der Jubilare

- 13.11.2013, Bergisch Gladbach, Festansprache: **Prof. Dr. Jürgen Rüttgers**, Bundesminister a. D., Ministerpräsident a. D.
- 24.11.2014, Bergisch Gladbach, Festansprache: **Dr. Jan Heinisch**, Bürgermeister der Stadt Heiligenhaus und stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

Sonstige Veranstaltungen

- 06.04.2014 Burscheid, Jahresempfang mit Dr. Heiner Geißler
- 09.11.2014 Bergisch Gladbach, Veranstaltung zum 25. Jahrestag des Falls der Mauer mit der Zeitzeugin Heidrun Breuer

CDUinform

Das Mitgliedermagazin CDUinform erschien im Berichtszeitraum insgesamt 9 mal.



Alle Ausgaben können Sie im Internet unter www.cduinform.de herunterladen.

Auswahl von Wahlkampfprodukten des Kreisverbandes



18/1-Plakate (Großfläche) zur Bundestagswahl



A1-Plakate zur Bundestagswahl

Sechs Punkte für Bergisch Gladbach und den Kreis

- SCHULENDECKEL KREIS**
Seit 2011 hat unser Kreis ein Schulgeld. Dieses Eingeld können wir nur durch eine enorme und wehrfähige Haushaltspolitik erreichen. Diese Politik ist für uns kein Selbstzweck! Durch Einsparungen im schulischen Bereich können wir unsere Kommunen im Kreis (Bürgern um 5,7 Mio. Euro entlasten, im Sinne der langfristigen Generationen wollen wir dieses Ziel mit oberster Priorität weiter verfolgen.
- LEBENSQUALITÄT KREIS**
Wir sind ein Kreis mit hoher Lebensqualität. Daher steht Bildung der Stadt einer weiteren und konstanten Verbesserung unserer Städte. Der demografische Wandel stellt uns allerdings vor große Herausforderungen. Alle Konzepte für das Wohnen im Alter und der Förderung der Barrierefreiheit haben wir bereits erfüllt, weiterhin wird die CDU die Eltern und die Verbände unterstützen. Ein funktionierendes ÖPNV und ein besonderes Hochleistungsnetz sind wichtige Bausteine zur Steigerung der Attraktivität unserer Lebensräume. Dazu gehört auch eine flächendeckende Breitbandversorgung.
- SOZIALER KREIS**
Lebenszeit sind die Zahlen zu Wohnverhältnissen und Gesundheit nicht geringfügig. Auch unser Kreis ist nicht betroffen. Daher brauchen wir eine ständige Präsenz der Polizei vor Ort. Wir werden nicht nachlassen, sondern für mehr Polizeipräsenz in unseren Gemeinden, erhöhen Sicherheitsmaßnahmen und eine schärfere Polizeiarbeit einstreuen.
- SCHWERPUNKT GESUNDHEIT**
Wir stehen für einen Kreis, in dem die Gesundheit der Bürgerinnen wichtig ist. Daher kämpfen wir gegen einen Abbau von Krankenhausbetten und für eine bessere Pflegekapazität in den Pflegeheimen und Altenheimen. Die Versorgung mit Fachkräften muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Bei den Kindererziehungskonzeptionen haben wir vorbildliche Standards setzen können, die wir weiter ausbauen wollen.
- VORWANG FÜR BILDUNG**
Unser Landesweiter Bildungszweck ist insbesondere ausgangspunkt und wichtig. Besonders beim Übergang Schule-Beruf können wir mit unseren Initiativen viel erreichen. Diese Einrichtungen werden wir weiter ausbauen. Dazu gehört auch eine entsprechende Bildungsinvestition, in der jedes Kind nach seinen Fähigkeiten bestmöglich gefördert wird – vom Kindergarten bis zum Berufseinstieg.
- ENTWICKLUNG UND FREIZEIT**
Im Bereich der Freizeit- und Bildungsangeboten haben wir große Fortschritte gemacht. Ein Netzwerknetz wurde aufgebaut, unsere neuen Herausforderungen werden deutschlandweit zu realisieren und der Wandel bis zu ein Drittel Konzept. Mit einem durchgängigen Stütznetzwerk wollen wir den Einstieg in ein berufliches Auswärtigeretz schaffen.

Elvi Reudenbach

Verheiratet, zwei Töchter, römisch-katholisch

Politische Aufgaben

- Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach
- Darüber Mitglied in dem Ausschüssen Bildung Kultur Schule Sport, Infrastrukturausschuss, Ausschuss für Annergungen und Bewässerung sowie dem Berufsschülerband
- stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbands Gremy/Heldkamp

Ehrenamtliche Tätigkeiten

- Vorstand Gremy/Penster e.V.
- Gremy/Zeitung
- Lektoren Pfarrgemeinde St. Laurentius

Kontakt

Buchholzstraße 4
51409 Bergisch Gladbach

Telefon 02202 59945
Mobil 0171 6737088
elvi.reudenbach@t-online.de

[f/ElviReudenbach](#)
[t/ElviReudenbach](#)

Für Gronau/Heidkamp/Hand
in der Partei der Politik/Bergischer-Kreis

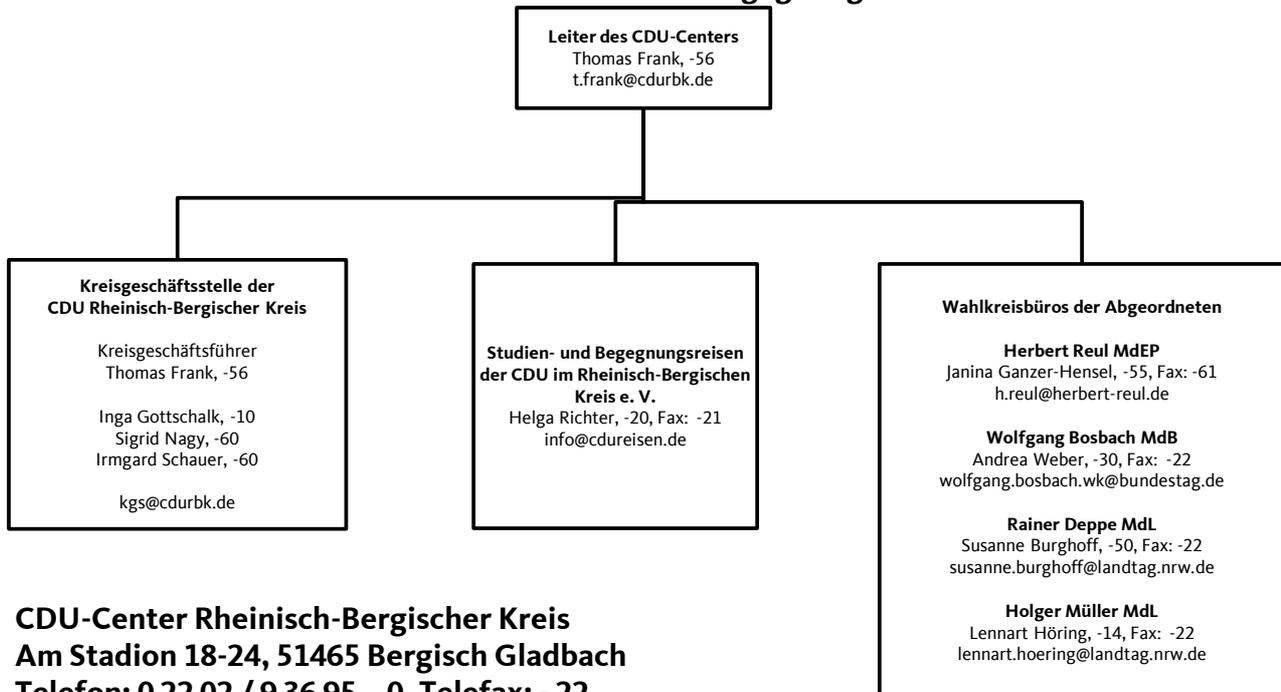
27 Kandidatenflyer zur Kreistagswahl

Spielplan zur Fußball-Weltmeisterschaft

CDU-Center

Das CDU-Center der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis ist die Servicestelle der Kreispartei für Mitglieder und Bürger. Hier sind angesiedelt:

- die **CDU-Kreisgeschäftsstelle**
- die **Wahlkreisbüros der rheinisch-bergischen CDU-Abgeordneten**
- die **Geschäftsstelle von CDU-Studien- und Begegnungsreisen e.V.**



CDU-Center Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach
Telefon: 0 22 02 / 9 36 95 – 0, Telefax: - 22
www.cdurbk.de

Die Kreisgeschäftsstelle übernimmt für die Kreispartei folgende Aufgaben:

- **Politische Analyse und Konzepte**
- **Bearbeitung von Anfragen**
- **Mitgliederbetreuung**
- **Öffentlichkeits- und Pressearbeit**
- **Publikationen:** CDUinform (Mitgliederzeitschrift)
- **Organisation** von Mitgliederversammlungen, Kreisparteitagen und sonstigen Veranstaltungen
- **Verwaltung:** Mitgliederverwaltung, Delegiertenwesen, Finanz- und Rechnungswesen, Erstellung des Rechenschaftsberichtes, Personalwesen
- **Unterstützung:** der Vereinigungen auf Kreis- und Bezirksebene, der Untergliederungen durch Druck und Versand von Einladungen zu Jahreshauptversammlungen und Mitgliederversammlungen für die Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände und die Vereinigungen
- **Bearbeitung** von Satzungs- und Rechtsfragen
- **Beratung** von ehrenamtlichen Funktions- und Mandatsträgern

Öffnungszeiten: Mo-Do 9-18 Uhr, Fr 9-14 Uhr

Bericht der Senioren-Union der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis für den 65. CDU-Kreisparteitag am 29. August 2015 in Odenthal



Union der Generationen - Gut für Jung und Alt!

Dies war, ist und bleibt der Anspruch, mit dem wir Politik machen und als Ältere inmitten der Gesellschaft tätig sind. Die Senioren-Union der CDU engagiert sich für eine menschliche und solidarische Gesellschaft - generationenübergreifend - für Alt und Jung.

Eine menschliche Gesellschaft heißt gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Das ist in Zeiten des demografischen Wandels und manchen Jugendwahns keine Selbstverständlichkeit. Wir stellen uns der Herausforderung. Mit Lebenserfahrung, Kompetenz, Tatkraft und Dialogbereitschaft. Denn wahlbereite Senioren sind ein Gewinn für die Gesellschaft. In diesem Sinn zu wirken und unsere Meinung in der öffentlichen Debatte deutlich zu machen - das gehört zu den Zielen und Aufgaben der Senioren-Union.

Im freundschaftlichen Dialog der Generationen vertritt die Senioren-Union die Anliegen der älteren Generation. Sie macht Politik mit älteren Menschen für ältere und jüngere Menschen. Die Senioren-Union trägt dazu bei, dass sich die Älteren in Deutschland als selbstbewusste, verantwortungsvolle und lebensfrohe Generation präsentieren, so dass auch die heute Jungen ihr späteres Leben aktiv und selbstbestimmt, mit Lebensfreude und Gemeinsinn führen können.

Dieses Selbstverständnis der Senioren-Union leben wir auch im Rheinisch-Bergischen Kreis. Der Kreisverband versteht sich nicht als Kopf der aktiven Stadt- und Gemeindeverbände, sondern als Mittler und Plattform für den Dialog mit- und untereinander.

Kreisvorstand

Vom 16. April 2012 bis 12. Mai 2014 bildeten Holger Müller MdL (Rösrath) als Vorsitzender, Helga Happel (Odenthal) und Heinz Wilgenbusch (Burscheid) als Stellvertreter, Hubert Hungenberg (Kürten) als Schatzmeister, Hans Steinbach (Bergisch Gladbach) als Schriftführer sowie Werner Allendorf (Wermelskirchen), Ilse Brenner (Overath), Heinz-Georg Clausen (Kürten), Dieter Henning (Rösrath), Renate Hofer (Leichlingen), Manfred Klein (Bergisch Gladbach), Regina Leistner (Bergisch Gladbach), Rainer Mauer (Rösrath), Dr. Heinz-Dieter Mundorf (Bergisch Gladbach) und Doris Olle (Burscheid) als Beisitzer den Vorstand. Der Kreisvorstand kam zu 11 Sitzungen zusammen.

Seit der Neuwahl am 12. Mai 2014 bilden Holger Müller MdL (Rösrath) als Vorsitzender, Helga Happel (Odenthal) und Heinz Wilgenbusch (Burscheid) als Stellvertreter, Hubert Hungenberg

(Kürten) als Schatzmeister, Hans-Reinhold Drümmen (Rösrath) als stellvertretender Schatzmeister, Hans Steinbach (Bergisch Gladbach) als Schriftführer sowie Werner Allendorf (Wermelskirchen), Ilse Brenner (Overath), Heinz-Georg Clausen (Kürten), Ludwig Ecker (Leichlingen), Renate Hofer (Leichlingen), Manfred Klein (Bergisch Gladbach), Gisela Krell (Burscheid), Regina Leistner (Bergisch Gladbach), Rainer Mauer (Rösrath) und Dr. Heinz-Dieter Mundorf (Bergisch Gladbach) als Beisitzer den Vorstand. Der Kreisvorstand kam bisher zu sieben Sitzungen zusammen.

Politischer Arbeitskreis

Seit 2012 hat der Kreisvorstand einen Politischen Arbeitskreis unter der Leitung von Rainer Mauer eingerichtet, an dem interessierte Vorstandsmitglieder sowie Gäste über aktuelle politische Themen diskutieren. Zuletzt wurde verstärkt am Thema „Nachberufliche Tätigkeiten“ gearbeitet und ein Antrag für den 65. CDU-Kreisparteitag entwickelt.

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederentwicklung hat sich wieder stabilisiert. Die Senioren-Union im Kreis hat wieder den Mitgliederstand von 2009 erreicht. Vor allem die Gruppe der 60-69-jährigen muss in Zukunft verstärkt angesprochen werden.

Jahr	2009	2011	2013	2015
Mitglieder	670	667	654	676
männlich	369	367	350	353
weiblich	301	300	304	323
60-69 Jahre	138	102	74	78
70 Jahre plus	532	565	580	598

Stadt-und Gemeindeverbände

Basis und Fundament der erfolgreichen Arbeit im Rheinisch-Bergischen Kreis sind die acht Stadt- und Gemeindeverbände. Hier hat die Senioren-Union das Ohr vor Ort an der Basis, mischt sich aktiv in die Politik vor Ort ein, bietet interessante Veranstaltungen und Reisefahrten an. So finden in allen acht Städten- und Gemeinden (mit Ausnahme der Ferienzeiten) jeweils monatliche Veranstaltungen zu verschiedenen Themen statt. Auch interessante Tagesfahrten bereichern das Angebot der Senioren-Union.

Die Mitgliederzahlen auf die einzelnen Städten und Gemeinden verteilen sich wie folgt (in Klammern Vergleichswerte aus 2013): Bergisch Gladbach: 126 (140), Burscheid: 77 (75), Kürten: 50 (49), Leichlingen: 46 (42), Odenthal: 20 (19), Overath: 91 (93), Rösrath: 210 (182), Wermelskirchen: 56 (54).

Jahreshauptversammlungen

12. Mai 2014 Neuwahl des Kreisvorstandes, Rede vom Vorsitzenden der Gruppe der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Herbert Reul MdEP, anlässlich der Europawahlen
22. Juni 2015 Pflege und Krankenversorgung menschenwürdig gestalten
Hermann-Josef Arentz, ehemaliger Landtagsabgeordneter und CDA-Bundesvorsitzender

Veranstaltungen zum Tag der Deutschen Einheit

3. Oktober 2013 Philipp Mißfelder †, MdB, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands
3. Oktober 2014 Matthias Kopp, Pressesprecher der deutschen Bischofskonferenz
3. Oktober 2015 in diesem Jahr erwarten wir Alfred Theisen, Jahrgang 1959, Verleger und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Schlesien heute“

Ausblick

Die Senioren-Union ist ein wichtiger Bestandteil der Christlich Demokratischen Union. Ohne die aktiven Senioren wäre unsere Gesellschaft ärmer. Vor allem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung mit immer mehr älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern kommt dieser Vereinigung eine wichtige und bedeutende Rolle zu.

Daher ist es auch ein großes Ziel der Senioren-Union, neue und aktive Mitglieder zu gewinnen, um die Interessenvertretung der älteren Generation noch stärker auszubauen. Jeder ab 60, und damit auch noch im Berufsleben stehende, kann Mitglied werden! Sprechen Sie unsere aktiven Mitstreiter im Kreisvorstand oder vor Ort bei Interesse einfach an!

Mitglieder herzlich willkommen

Mitglied in der Senioren-Union kann jeder werden, der 60 Jahre und älter ist. Eine CDU-Mitgliedschaft ist nicht zwingend notwendig, aber wünschenswert. Der monatliche Mindestbeitrag beträgt 2,50 €, für CDU-Mitglieder 1,50 €..

Holger Müller MdL

Kreisvorsitzender

Bericht der Jungen Union (JU) des Rheinisch-Bergischen Kreises



Die Junge Union Rhein Berg ist weiterhin die stärkste politische Jugendorganisation im Rheinisch-Bergische Kreis! Und das mit rund 830 Mitgliedern!

Der seit dem 20. April 2015 zum dritten Mal gewählte Vorsitzende Diego Faßnacht konnte mit dem Kreisvorstand der Jungen Union viele positive Ergebnisse erzielen. Man bewies, dass die JU nicht nur von den Mitgliederzahlen die stärkste politische Jugendorganisation im Rheinisch-Bergischen Kreis ist, sondern sich auch aktiv am politischen Geschehen beteiligt.

Darüber hinaus ist die Junge Union Rhein Berg auch überregional aktiv und beteiligte sich an den NRW- und Deutschlandtagen des Landes- und Bundesverbandes. Dabei wurden nicht nur viele Delegierte aus unseren Reihen bestimmt, sondern zeigten sich zeitgleich auch sehr aktiv, indem sie eigene Anträge zu verschiedenen Themen durchsetzten.

Weiterhin hat die JU Rhein Berg auch ein interessantes Angebot für seine Mitglieder geboten. Als Beispiel sei hier das Rhetorik Seminar zu nennen, welches von der Jungen Union Rheinisch-Bergischer Kreis in Zusammenarbeit mit der KPV Rhein-Berg organisiert und in Odenthal im Bürgerhaus durchgeführt wurde.

Die 2011 eingeführte Veranstaltungsreihe, die „Bergische Runde“, wurde erfolgreich weitergeführt. Bei der „Bergischen Runde“ mit Wolfgang Bosbach wurde über aktuelle Themen wie Innen-, Europa- und Arbeitsmarktpolitik diskutiert. Nach dem herausragenden Wahlergebnis im September 2013 für Wolfgang Bosbach war es uns eine große Freude, mit ihm über das Wahlergebnis, die Koalitionsverhandlungen und die neue Regierung gesprochen zu haben.

Als besonderes Highlight ist die Fahrt nach Berlin zu nennen. Vom 28. April bis zum 1. Mai 2014 erkundeten knapp 50 Mitglieder der JU im Rheinisch-Bergischen Kreis auf Einladung von Wolfgang Bosbach das politische, historische und kulturelle Berlin. Höhepunkte waren der Besuch des Reichstages, des Bundeskanzleramtes, der CDU-Bundesgeschäftsstelle und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Besonders solche Gemeinschaftserlebnisse lassen die Junge Union Rhein-Berg enger zusammenwachsen.

Auch auf Landesebene konnte die Junge Union sich über die politische Arbeit im Landtag informieren und besuchte diesen auf freundliche Einladung von Holger Müller MdL. Während des Besuches haben wir - neben der Besichtigung des Gebäudes - auch die Gelegenheit gehabt mit unseren Landtagsabgeordneten Holger Müller und Rainer Deppe über aktuelle politische Themen zu diskutieren.

Ferner hat sich die Junge Union Rhein-Berg das Ziel gesetzt, transparenter zu arbeiten und führte einen neuen Newsletter ein, der alle Mitglieder über verschiedenste Aktionen aus dem Kreis, sowie den jeweiligen Verbänden, informiert.

Neben dem eben genannten Bundestagswahlkampf, unterstütze die Junge Union auch den Europawahlkampf mit Herbert Reul, sowie die Kreistagswahlen und Kommunalwahlen in den jeweiligen Ortsverbänden.

Beim Bundestagswahlkampf sei besonders der erfolgreiche Werbespot „Grün grillen macht einsam“ zu erwähnen. Zum Dreh hatten sich mehr als 20 Mitglieder der JU bei dem Landtagsabgeordneten Rainer Deppe versammelt, um für die CDU und Wolfgang Bosbach zu grillen, solange es nicht von den Grünen verboten wird. Der Kinospot ist zum vollem Erfolg geworden und wurde bis zur Bundestagswahl in allen großen Kinos im Rheinisch-Bergischen Kreis gezeigt.

Besonders aktiv zeigte sich die Junge Union bei den darauf folgenden Kreistagswahlen und Stadt- und Gemeinderatswahlen. Hauptsächlich auch deshalb, weil zahlreiche Kandidaten aus den Reihen der Jungen Union angetreten sind. Neben den bekannten Wahlkampfmedien hat die Junge Union auf die Kommunikation durch YouTube Videos gesetzt. Die selbst konzipierten und gedrehten Videos sind positiv angekommen, denen wir nicht zuletzt so gute Ergebnisse verdanken.

Aktuell setzt sich die Junge Union für eine bessere Bus- und Bahn-Verbindung nach Köln ein. Gemeinsam mit der Jungen Union Köln-Mühlheim ist man sich einig, dass ein dringender Handlungsbedarf im Bereich der Mobilität besteht. Folglich wird eine Buslinie von Odenthal über Schildgen und Katterbach in Bergisch Gladbach zum Bahnhof Köln-Dellbrück vorgeschlagen, die eine erhebliche Zeiteinsparung für Pendler bewirken könnte.

Zur Entwicklung der Stadt- und Ortsverbände kann positiv vermerkt werden, dass weiterhin zahlreiche erfolgreiche Veranstaltungen in den verschiedenen Ortsverbänden stattfinden und vom Kreis -soweit es geht- unterstützt werden.

Bei der letzten Jahreshauptversammlung am 20. April 2015 wurde **Diego Faßnacht** zum dritten Mal zum Kreisvorsitzenden gewählt. Unterstützt wird er von seinen Stellvertretern **Marco Gaj**, **Sebastian Wurth** und **Sebastian Gebauer**. Als Geschäftsführer fungiert **Carsten Stobbe**. Kassierer ist **Richard Kindling** und Schriftführer **Tobias Brissing**.

Als Beisitzer komplettieren **Melanie Fischer**, **Christian Wasser**, **Florian Haerst**, **Tim Laudenberg**, **Nikola Uhlmann**, **Gianna Herweg**, **David Wittenburg**, **Marc Oliver Drechsel** und **Martin Schultz** den Vorstand. Insgesamt verjüngt sich der Vorstand deutlich.

Für den JU Kreisvorstand im August 2015 in Odenthal:



Marco Gaj
Stellv. Kreisvorsitzender

Bericht der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft des Rheinisch-Bergischen Kreises

Die Kreis-CDA hat in den letzten 2 Jahren seit dem letzten Kreisparteitag mit Vorstandswahlen einige Aktivitäten organisiert. Darunter waren u.a. der Gesundheitstag für Pflegekräfte im Marienkrankenhaus in Bergisch Gladbach in Kooperation mit der Barmer GEK und dem Landesvorsitzenden der CDA Dr. Ralf Brauksiepe MdB. Eine weitere Aktivität war eine gemeinsame Veranstaltung der CDA mit der FU und der EAK zum Thema Mütterrente im Progymnasium in Bensberg.

Die CDA-Vereinigung der Stadt Bergisch Gladbach hat in diesem Zeitraum unter der Führung von Sylvia Wöber-Servaes vor allen Dingen die schon traditionellen Grundlagengespräche mit interessanten Themen und Referenten im Bethanien-Kinderdorf durchgeführt. Ein weiteres Highlight war die Reise vom 18.-20.07.14 unter dem Motto „Auf den Spuren des 1. Weltkrieges in Flandern“.

Auch die CDA-Wermelskirchen hat unter der Leitung von Stefan Leßenich, dem jetzigen Bürgermeisterkandidaten von Wermelskirchen, wieder sehr viele Veranstaltungen und Aktivitäten für Bürgerinnen und Bürger unternommen.

Auf der Jahreshauptversammlung der Kreis-CDA Rheinisch Bergischer Kreis am 14.04.15 wurden der langjährige Kreis-CDA-Vorsitzende Willi Palm und seine Stellvertreterin Sylvia Wöber-Servaes verabschiedet. Man bedankte sich für Ihr starkes Engagement und wünschte Ihnen für die Zukunft alles Gute. Als neuer Kreisvorsitzender wurde das bisherige CDA-Kreisvorstandsmitglied Mario Tischhäuser gewählt. Im Anschluss fand eine Veranstaltung mit dem CDA-Bundesvorsitzenden und Beauftragten für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigten für Pflege, Karl-Josef Laumann zum Thema „20 Jahre Pflegeversicherung: Ein Grund zum Feiern!“ statt. Karl-Josef Laumann konnte mit seinem umfangreichen Wissen zu dieser Thematik die Zuhörer in seinen Bann ziehen und sorgte für einen gelungenen Abend.

Am 13.08.15 wurde eine weitere gemeinsame Veranstaltung mit der EAK und der FU zum Thema „Aktuelle Herausforderung der Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungspolitik in NRW“ mit dem kompetenten Referenten Heiko Hendriks der u.a. in vielen wichtigen Gremien tätig und auch Abgeordneter des Landtages NRW ist durchgeführt.

Die Kreis-CDA wird sich zukünftig schwerpunktmäßig mit dem Thema „Fachkräftemangel in Handwerk und Pflege“ beschäftigen und kann sich dazu eine Zusammenarbeit mit den anderen Vereinigungen oder weitere gemeinsame Veranstaltungen durchaus vorstellen.

Eine weitere Teilnahme an der Mai-Kundgebung auf dem Konrad-Adenauer-Platz in Bergisch Gladbach hat wie immer traditionell stattgefunden. Als Anregung wäre es einmal darüber nachzudenken ob eine so große Volkspartei wie die CDU gemeinsam mit der CDA und in der Bevölkerung verankerte Institution an dieser Veranstaltung teilnimmt und selbst auch einmal einen Hauptredner stellt.

gez.
Mario Tischhäuser
Kreisvorsitzender

Bericht der KPV des Rheinisch-Bergischen Kreises



Die KPV-RBK ist die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU auf Kreisebene. Mitglieder sind über die CDU-Fraktionen alle CDU-Mandatsträger der Gemeinde-/Stadträte, des Kreistages sowie viele CDU-angehörige Verwaltungsmitarbeiter aus den Kommunen. Durch das gute Ergebnis der CDU bei der Kommunalwahl 2014 hat die CDU/KPV nun mit 214 Rats- und 27 Kreistagsmandaten im Vergleich zur Wahlperiode davor 10 Mandatsträger mehr. Nur halb erfreulich war das Abschneiden der Bürgermeisterkandidaten: drei von sechs Kandidaten wurden im ersten Wahlgang (Bergisch Gladbach, Burscheid, Rösrath) wiedergewählt, drei Kandidaten haben in der Stichwahl verloren (Kürten, Leichlingen, Overath). Mit Michaela Bräutigam und Stefan Leßenich ist die CDU/KPV für die beiden restlichen BM-Wahlen im September 2015 gut aufgestellt. Seit der Kommunalwahl 2014 gibt es verschiedenste Kooperationen: im Kreistag regiert mit CDU/Grüne eine bisher nicht dagewesene neue Mehrheit. In Bergisch Gladbach und Kürten gibt es Bündnisse aus CDU und SPD, in Rösrath das aus der vorherigen Wahlperiode bewährte Jamaica-Bündnis aus CDU, FDP und Grünen. In Overath kooperiert die CDU mit der FDP und in Wermelskirchen mit Grünen und Bürgerforum. In Burscheid kooperiert die CDU lose mit den anderen sieben Fraktionen. In Leichlingen ist sie in der Oppositionsrolle. Und in Odenthal wurde eine absolute Mehrheit errungen, die CDU regiert dort alleine.

Ein überschaubares Echo hat das Angebot von Fortbildungsangeboten für die Mandatsträger unseres Kreises eingebracht. Nur ein kleiner Teil der Angebote wurde in echte Veranstaltungen umgesetzt, einiges wurde leider nicht nachgefragt und kam dem entsprechend dann auch nicht zustande.

Der Kreisvorsitzende vertrat die Interessen unseres Kreises in der Bezirks-KPV auf mehreren Sitzungen in Wuppertal, Solingen und Düsseldorf und zusammen mit den benannten Delegierten auf der 52. und 53. Delegiertenversammlung der NRW-KPV am 23.11.13 und 25.10.14 (Hamm) sowie im erweiterten CDU-Kreisvorstand.

Auf der Bundesdelegierten-Konferenz (traditionell auch *kongreß-kommunal* genannt) in 2013 (Berlin) waren der Vorsitzende und sein Stellvertreter Werner Allendorf präsent, während 2014 in Chemnitz Werner Allendorf die Farben der Kreis-KPV vertreten hat.

Mit der Internetseite und einem Newsletter wurde das Informationsangebot weiter ausgebaut.

Auf der Mitgliederversammlung am 15. April 2015 wurde folgender Vorstand der KPV- RBK für die nächsten zwei Jahre gewählt:

Vorsitzender	Uli Heimann	Bergisch Gladbach
Stellv. Vorsitzende	Werner Allendorf	Wermelskirchen
	Thorsten Schmalt	Wermelskirchen
Geschäftsführer	Lennart Höring	Bergisch Gladbach
Beisitzer	Dr. Johannes Bernhauser	Bergisch Gladbach
	Gisela Knapp	Bergisch Gladbach
	Wolfgang Kübler	Leichlingen
	Karlheinz Wilke	Wermelskirchen

Wir bedanken uns bei Uwe Bruchhausen (Odenthal), der nach seinem Mandatsverzicht im Gemeinderat auch sein KPV-Vorstandsmandat aufgegeben hat.

Uli Heimann
Vorsitzender

Lennart Höring
Geschäftsführer

Kommunalpolitische Vereinigung (KPV)
der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 936950
Telefax: 02202 9369522
Email: info@kpvrbk.de
Internet: www.kpvrbk.de

Kreisvorsitzender:
Uli Heimann
Geschäftsführer:
Lennart Höring

Bankverbindung:
IBAN: DE78 3706 2600 3611 7390 19
BIC: GENODED1PAF
VR Bank eG Bergisch Gladbach

Christlich Demokratischer Juristen

Bezirksverband Bergisches Land

Vorsitzender: Dr. Jürgen vom Stein

Organisation: Inga Gottschalk

Anfang dieses Jahres hat **Prof. Heribert Prantl**, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, in einem Beitrag für die Deutsche Richterzeitung die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften der Juristen in den Parteien gewürdigt. Sie sollten Abteilungen für neue Ideen sein, die Impulse für die Rechtspolitik liefern.

Damit hat Prantl das Selbstverständnis auch des ACDJ's gut charakterisiert, der den Sachverstand der in Wirtschaft, Justiz und Verwaltung tätigen Juristen im Bezirk bündeln und in die politische Arbeit der verschiedenen Gremien der CDU einzubringen will. Es ist dabei das Ziel des Bezirksverbandes, den Kreis interessierter und aktiver Juristen zu erweitern und die politische Arbeit der Vorstände und Gremien der Partei verstärkt zu unterstützen.

Im Berichtszeitraum sind hier positive Tendenzen festzustellen. Neben der internen Kontaktpflege und dem Austausch der Mitglieder haben gut besuchte und gewinnbringende Veranstaltungen stattgefunden.

Die Schwerpunkte der rechtspolitischen Arbeit der Bundestagsfraktion standen ganz im Vordergrund eines Gesprächs mit der Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Recht und Verbraucherschutz, **Lisa Winkelmeier-Becker MdB**. Frau Winkelmeier-Becker beleuchtete prägnant und gut verständlich aktuelle Reformvorhaben, die dem Rechtsausschuss in Berlin vorlagen oder im Vorfeld Thema in der Fraktion waren. Breite Diskussionen und Anregungen aus der Runde gab es bei dem Thema „Recht der Syndikus-Anwälte“, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeit einer Mitgliedschaft im Rechtsanwaltsversorgungswerk.

Highlight der Berichtsperiode war ein Besuch im „Stahlhof“, dem bekannten, traditionsreichen Gebäude in Düsseldorf in der Nähe der „Kö“, das heute Sitz des Verwaltungsgerichts Düsseldorf ist. Der **Präsident** des Gerichts und gleichzeitige **Richter am Verfassungsgerichtshof NRW, Dr. Andreas Heusch**, empfing die Gruppe des ACDJ, zu der

auch die frühere **Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter** gehörte. Nach einer Besichtigung des wunderschön restaurierten Gebäudes berichtete Dr. Heusch zu aktuellen Themen der verwaltungsgerichtlichen und der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung. Im Zentrum – auch der Diskussion – stand die aktuelle Situation beim Asylrecht, bei der es auch aus Sicht der Justiz an verschiedenen Stellen politischen Handlungsbedarf gibt. Besondere Aktualität hatte der Abend deshalb, weil Präsident Dr. Heusch mit seiner Kammer über die Frage zu entscheiden hatte, ob das Vorhaben des Düsseldorfer Oberbürgermeister Geisel (SPD), während einer Demonstration von „Dügida-Anhängern“ das Rathaus abzudunkeln, rechtens sei. Obwohl die Kammer diese Frage in einem Eilverfahren wegen des Neutralitätsgebots staatlicher Organe verneint hatte, erklärte Oberbürgermeister Geisel, sich nicht an die Entscheidung halten zu wollen, was ein zweifelhaftes Verständnis von Gewaltenteilung offenbart hat und von Dr. Heusch (auch öffentlich) gerügt wurde.

Im Rahmen der Diskussion kam außerdem ein vielfach diskutiertes Urteil des Verwaltungsgerichts Köln zur Sprache, in dem es um die Frage ging, ob an einem Karfreitag in Köln eine öffentliche Beschneidungsfeier von Muslimen stattfinden darf. Das Gericht hat die Feier mit dem Argument verboten, die Veranstaltung widerspreche dem stillen Charakter eines Karfreitags.

Der ACDJ wird die Reihe der Diskussionsveranstaltungen in diesem Jahr fortsetzen, zu denen immer auch interessierte CDU-Mitglieder - gleich welcher Berufsgruppe - herzlich eingeladen sind.

Abschließend sei im Namen des Bezirksverbandes ganz herzlich **Frau Gottschalk** gedankt, die die Arbeit des Bezirksverbandes in der Kreisgeschäftsstelle wie immer durch organisatorische Hilfestellungen und ihre freundliche Aufmerksamkeit sehr unterstützt hat.

Bericht des Evangelischen Arbeitskreises des Rheinisch-Bergischen Kreises



Inhaltlicher Arbeitsschwerpunkt des EAK im Rheinisch Bergischen Kreis in den Jahren 2014/2015 war das Thema Sterbehilfe. So berichtete im April 2014 Pfarrer Dr. Fischer (Krankenhausseelsorger EVK) zum Thema Sterbehilfe. Schwerpunkt seines Vortrages waren die ethischen Aspekte.

Herrn Dr. Joist, Gründer und Leiter des Palliativ Team SAPV (Speziell Ambulante Palliative Versorgung) Köln konnten wir für einen Vortrag über die Verschiedenheit und Notwendigkeit der APV (Ambulante Palliative Versorgung) und der SAPV im Rahmen der Mitgliederversammlung im September 2014 gewinnen.

Im Januar 2015 hatten wir Herrn Dr. Wiemer, Vorsitzender der Kassenärztlichen Versorgung Rhein. Berg. Kreis zu Gast, der über die Möglichkeit der SAPV im Rheinisch Bergischen Kreis referierte.

Alle Vorträge haben uns zum Nachdenken und Diskutieren angeregt. Schließlich hat sich für uns das Arbeitsfeld SAPV als ein wichtiger Ansatz auch für den Rheinisch Bergischen Kreis herauskristallisiert, so dass wir dieses Thema in unserer Mitgliederversammlung im September d. J. weiter verfolgen werden. Wir freuen uns sehr, dass die FU des Rheinisch Bergischen Kreises zu diesen Sitzungen immer vertreten war.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist aufgrund der aktuellen politischen Lage die Flüchtlings- und Asylpolitik. Im August d. J. haben wir zusammen mit der FU RheinBerg und der CDA RheinBerg eine Veranstaltung zum Thema „Aktuelle Herausforderung der Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungspolitik in NRW organisiert.

Der EAK des Rheinisch Bergischen Kreises ist gut auf Bezirks- und Landesebene vertreten, da die Kreisvorsitzende des EAK RheinBerg als Beisitzerin im Bezirk- und Landesvorstand ist. Ebenso ist der EAK Rhein-Berg mit Delegierten auf den Landesdelegiertentagung vertreten.

gez.

Birgit Fort
Kreisvorsitzende

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Rheinisch-Bergischer Kreis - Bericht für den Kreisparteitag

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Rheinisch-Bergischer Kreis (kurz: MIT) bietet ihren Mitgliedern spannende Veranstaltungen sowohl auf Bundesebene mit interessanten Rednern und Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als auch auf Landes- und Kreisebene.

MIT:machen lohnt sich, denn geboten werden:

- Regelmäßige Betriebsbesichtigungen im Kreis;
- Mitwirken an politischen Ideen;
- Austausch mit politischen Mandatsträgern;
- Kennenlernen von Mittelständlern aus den unterschiedlichsten Branchen;
- Regelmäßige Informationen zu aktuellen politischen Fragen durch den 14tägigen elektronischen MIT:Newsletter und das monatliche Mittelstands-Magazin;
- Zugriff auf das Online-Portal für Mitglieder „MIT:INSIDE“.



Frühstück mit einem Referenten zum Thema Mindestlohn.

Leitidee der MIT ist die Soziale Marktwirtschaft nach den Vorstellungen Ludwig Erhards auf der Grundlage von Freiheit und Verantwortung.

Unsere Grundprinzipien:

- Privat vor Staat – kleine Ebene vor höherer Ebene
- Förderung von Kreativität, Eigeninitiative & Eigenverantwortung
- Mehr Freiheit für den Einzelnen & den Unternehmer
- Sicherung eines freien Leistungswettbewerbs
- Verzicht auf übermäßige staatliche Eingriffe in das Wirtschafts- und Privatleben



Besuch der MIT bei BÄRO in Leichlingen-Witzhelden.

Wirtschaftliche Stärke in Verbindung mit einer idyllischen Landschaft sowie der zentralen Lage nahe Köln sind Gründe für die hohe Kaufkraft, mit der der Kreis bundesweit an 11. Stelle rangiert. Dank der Nähe zu Forschungs- und Entwicklungs-Einrichtungen sowie der direkten Nachbarschaft zum Flughafen Köln/Bonn haben sich International tätige Großunternehmen ebenso wie zahlreiche unternehmensnahe Dienstleister im Rheinisch-Bergischen Kreis angesiedelt. Einige davon konnten die MIT-glieder in den vergangenen zwei Jahren besuchen:

So besichtigte die MIT Rhein-Berg unter anderem die Horst Beck GmbH (Kupferrecycling), die BÄRO GmbH & Co. KG in Leichlingen-Witzhelden, das Autohaus Opel Gieraths in Bensberg, das Unternehmen Abacus Chemie, den Neubau des evangelischen Krankenhauses, das Kraftwerk der Zanders GmbH und die Kreispolizeibehörde.

Im August 2015 werden wir die Interroll GmbH in Wk-Dabringhausen sowie im September die Krüger GmbH in Bergisch Gladbach besuchen und im Oktober mit einem Stammtisch in Leichlingen beginnen.

In den Räumen der Firma AGS (Automation Greifsysteme Schwoppe GmbH) in Bergisch Gladbach-Herkenrath fand im Sommer 2014 die Mitgliederversammlung statt, bei der ein teilweise neuer Vorstand gewählt wurde:

<i>Kreis-Vorsitzende:</i>	<i>Dorothea Dietsch</i>
<i>Stv. Vorsitzender:</i>	<i>Michael Di Figlia</i>
<i>Schatzmeister:</i>	<i>Uwe Bruchhausen</i>
<i>Schriftführer:</i>	<i>Johannes Rupprich</i>
<i>Beisitzer:</i>	<i>Jasmin Feß, Lennart Höring, Gül Keskinler, Andreas Lücke, Ulrich Pütz</i>

Zu unseren aktuellen Themen gehören:

Verkehrssituation: überlastete Brücken, Autobahnen und Landstraßen machen Probleme!

Mindestlohn: Bürokratie beseitigen!

Demografie: Flexi-Rente weiterentwickeln!

Erbschaftsteuer: Fortbestand von Familienunternehmen sichern!

Junge Gründer: Startup-Finanzierung erleichtern!

Energie: bezahlbar & versorgungssicher gestalten!

Freihandelsabkommen TTIP: für mittelstandsfreundliche Umsetzung werben.

ICH UNTERSTÜTZE
DIE STEUERBREMSE



„Steuern zahle ich gerne. Aber es ist traurig zu sehen, dass von einer Gehaltserhöhung oder einer Zulage am Ende nichts übrig bleibt. Unsere Bürgerinnen und Bürger, Mittelstand und Industrie werden so durch die Hintertür belastet.“

Doro Dietsch, MIT-Kreisvorsitzende Rheinisch-Bergischer Kreis

MIT
www.steuerbremse-jetzt.de

Erfolgsbeispiel: Die Steuerbremse der MIT.

Die Steuerbremse der MIT

Die Steuerbremse wurde von der MIT auf die Agenda gesetzt, von vielen Akteuren aus Politik und Wirtschaft unterstützt und Ende 2014 auf den Parteitag von CDU und CSU beschlossen. Im Mai 2015 gab Finanzminister Wolfgang Schäuble bekannt, ab 2016 eine Steuerbremse einzuführen. Die Steuerbremse bringt eine Bereinigung des Tarifverlaufs um die Inflationsrate im Zwei-Jahres-Rhythmus durch eine regelmäßige Anpassung des Tarifverlaufs an die Inflation.

Die Flexi-Rente der MIT:

Die Flexi-Rente wurde von der MIT auf die Agenda gesetzt, vom Deutschen Bundestag beschlossen und trat am 1.7.2014 in Kraft. Die Flexi-Rente erleichtert Fachkräften, im Rentenalter freiwillig zu arbeiten, hält Know-How in den Unternehmen, gestaltet einen individuellen Übergang ins Rentenalter generiert zusätzliche Steuereinnahmen und schafft Arbeitsplätze.

*gez. Doro Dietsch
Kreis-Vorsitzende*



Internet: www.mittelstand-rbk.de oder www.mit-rbk.de

E-Mail: info@mittelstand-rbk.de oder doro.dietsch@mittelstand-rbk.de

Facebook: unter mitrheinberg

Bericht des Europaabgeordneten Herbert Reul



Seit 2004 bin ich Mitglied des Europäischen Parlaments (Wiederwahl im Juni 2009 und Mai 2014). Das Europäische Parlament setzt sich zusammen aus 751 Abgeordneten aus 28 Mitgliedstaaten, es gibt 24 Amtssprachen. Sitze des Europäischen Parlamentes sind Straßburg (Plenarsitzungen) und Brüssel (Ausschussarbeit, interfraktionelle Arbeit, Plenarsitzungen).

Meine Heimat und mein Wahlkreis ist das Bergische Land: dazu gehören der Kreis Mettmann, der Rheinisch-Bergische Kreis und der Oberbergische Kreis sowie die Städte Remscheid, Solingen, Wuppertal und Düsseldorf.

Sowohl in Straßburg, als auch in Brüssel bekommt man einen guten Einblick in die Arbeit des Europäischen Parlamentes. Daher freue ich mich über zahlreiche Besuche der Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. In diesem Jahr waren bereits über 30 Gruppen zu Gast; weitere zwölf Gruppen haben sich schon angekündigt. Im Jahr 2013 waren 36 Gruppen bei mir in Brüssel und Straßburg.

Wenn auch Sie Interesse an einem Besuch in Brüssel oder Straßburg haben, melden Sie sich einfach in meinem Europabüro.

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe

Die Kolleginnen und Kollegen von CDU und CSU im Europäischen Parlament haben mich im Juni 2014 einstimmig als ihren Vorsitzenden gewählt. Seit Anfang 2012 bekleide ich diese wichtige Schlüsselposition: Als Vorsitzender leite ich die größte nationale Delegation innerhalb der Fraktion der Europäischen Volkspartei (34

CDU/CSU-Abgeordnete von insgesamt 220 Abgeordneten in der EVP) und Sorge in Absprache mit meinen Kollegen dafür, dass sich die CDU/CSU-Gruppe in Brüssel und Straßburg politisch positioniert und ihren Einfluss geltend macht. Und genauso bin ich verantwortlich für die Abstimmung mit der Bundespartei, der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung in Berlin. So nehme ich sowohl an den Vorstands- als auch den Präsidiumssitzungen der CDU-Bundespartei in Berlin teil.

Außerdem bin ich Mitglied im Vorstand der Europäischen Volkspartei und im Vorstand der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament sowie stellvertretender Vorsitzender der CDU NRW-Gruppe im Europäischen Parlament.

Meine Arbeit im ITRE-Ausschuss

Als Ausschussmitglied setze ich mich im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) für eine ausgewogene Energiepolitik sowie eine wachstumsfördernde Industrie- und eine kluge Innovations- und Forschungspolitik ein, mit der die Wettbewerbsfähigkeit Europas gestärkt wird. Von 2009 bis Januar 2012 habe ich den Ausschuss als Vorsitzender geleitet. Die Arbeit im ITRE ist spannend und sowohl als Vorsitzender als auch als Mitglied konnte ich schon viel in den obengenannten Bereichen anstoßen. Außerdem bin ich stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr.

Korea-Delegation

Zusätzlich zu den Fachausschüssen engagieren wir Abgeordnete uns in sogenannten Delegationen, die Beziehungen zu nationalen Parlamenten weltweit pflegen. Seit 2012 bin ich Mitglied in der Delegation des Europäischen Parlamentes für die Beziehungen mit der Koreanischen Halbin-

sel und war von Januar 2012 bis zur Mai 2014 dort auch Vorsitzender. In dieser Delegation steht der Dialog mit den beiden politisch und gesellschaftlich äußerst unterschiedlichen koreanischen Staaten - Nord- und Südkorea - im Vordergrund. Außerdem bin ich stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Europa nach der Wahl

Bei der Europawahl im vergangenen Jahr wählten die Bürgerinnen und Bürger der EU das neue Europäische Parlament. Als stärkste Kraft ging wieder die Europäische Volkspartei (EVP) aus dem Wahlkampf hervor. Ein Jahr Arbeit nach der Konstituierung liegt nun hinter uns. Ein Jahr, das gezeigt hat, dass wir uns vielen Herausforderungen stellen müssen. Allen voran erschweren viele kleine Fraktionen im Parlament die Arbeit. Der Grund dafür ist unter anderem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches die Drei-Prozent-Sperrklausel kippte. Dadurch sind auch aus Deutschland mehr Radikale oder Vertreter von Kleinstparteien ins Parlament eingezogen, die die Mehrheitsbildung schwerer und das Europäische Parlament weniger handlungsfähig machen. Nur ein Beispiel ist die Arbeitseinstellung des Abgeordneten und Satiriker Martin Sonneborn, der mit der Spaßpartei „Die PARTEI“ einen Sitz bei der EU-Wahl ergattert hat und seine ganze Kraft darauf verwendet, das Parlament öffentlich lächerlich zu machen. Dies zeigt, dass es einigen Vertretern aus Kleinstparteien kaum um ernsthafte Europapolitik geht, sondern vielmehr darum, die parlamentarische Arbeit zu blockieren. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten hat deshalb zunehmend an Bedeutung gewonnen, um stabile Mehrheiten auch gegen Europafeinde wie UKIP, Rechtsradikale wie Front National sowie Linksradikale wie Syriza oder Linkspartei zu schaffen. Denn die Links- und Rechtspopulisten vereinigen sich verstärkt

in ihrer Allianz gegen die politische Mitte und vergrößern ebenfalls damit ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung unverhältnismäßig. Zunehmend verbinden sich Rechts- und Linksradikale bei Abstimmungen und gefährden damit die Entscheidungsfähigkeit des Parlaments.

Neue Kommission

Seit November 2014 ist die neue EU-Kommission unter der Leitung von Jean-Claude Juncker ein Jahr im Amt.

Um dem Vorwurf der technokratischen und ineffizienten Kommission entgegenzuwirken, hat Juncker Struktur und Arbeitsmethoden reformiert. Er hat sieben Vize-Präsidenten nominiert, die für die wichtigsten politischen Dossiers zuständig sind. Eine besondere Stellung hat der erste Vize-Präsident, Frans Timmermans, der unter anderem für „Bessere Regulierung“ zuständig ist. Neue Initiativen der Kommissare müssen von ihm abgesegnet werden. Fünf von sieben Vize-Präsidenten haben keinen eigenen bürokratischen Unterbau. Sie können jedoch auf die Dienste des Generalsekretariats und nur über dieses auf andere Kommissionsdienste zugreifen. Die genannten Reformen sollten zu einer stärkeren Fokussierung der Kommissionsarbeit beigetragen und die Zusammenarbeit innerhalb der Kommission und mit den anderen EU-Institutionen effizienter gestalten.

Die Juncker-Kommission hat sich zudem das Prinzip der „politischen Diskontinuität“ zunutze gemacht, um ihre legislative Agenda zu verschlanken und stärker auf die politischen Prioritäten zuzuschneiden. Im Arbeitsprogramm 2015 wurden 23 neue Gesetzesinitiativen angekündigt und 80 bestehende zurückgezogen. Zum Vergleich: Die letzte Barroso-Kommission hatte in ihrem ersten Jahr 316 neue Initiativen eingebracht und lediglich 22 zurückgezogen. Auch in den Jahren darauf lag die Zahl neuer Initiativen durchschnittlich etwa bei 130.

Zentrale politische Themen in Europa:

Energieunion

Im Februar haben wir im Parlament mit der sogenannten Energieunion ein ehrgeiziges Projekt initiiert. Die Strategie basiert auf fünf Pfeilern: Versorgungssicherheit, Energiemarktintegration, gesteigerte Energieeffizienz, Verbesserung des Klimaschutzes sowie Forschung und Innovation. Ich finde es richtig, dass sich Europa aktiv um eine dauerhafte und stabile Energieversorgung kümmert, denn sie ist das Kernelement für unsere industrielle Basis und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Die Versorgungssicherheit, insbesondere mit Gas, zu verbessern und eine Vernetzung der nationalen Energiemärkte zu erzielen, ist ein wichtiger Ansatz. Europa kann es sich nicht leisten, vorhandene

Energiequellen ungenutzt zu lassen. Es ist richtig, verstärkt die Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu nutzen und die Energieeffizienz zu steigern. Für die Förderung erneuerbarer Energien brauchen wir aber langfristig einheitliche EU-Kriterien. Zentral ist, die unterschiedlichen Kapazitäten der Mitgliedstaaten zu nutzen und zu vernetzen. Deshalb ist die Verbindung der Netze bei Gas und Strom von zentraler Bedeutung. Die Kommission weist in vielen Punkten in die richtige Richtung. Die Ausschöpfung dieses Potenzials hängt meiner Meinung nach jedoch stark von dem politischen Willen in den Mitgliedsstaaten ab, die an ihren energiepolitischen Kompetenzen festhalten.

Digitaler Binnenmarkt

Für den digitalen Binnenmarkt steht seit dem Frühjahr ebenfalls ein ambitioniertes Paket im Fokus. Die Strategie umfasst Maßnahmen für einen besseren Zugang für Verbraucher und Unternehmen zu digitalen Waren und Dienstleistungen in ganz Europa.

Ziel ist es nicht nur, die richtigen Bedingungen für digitale Netze und innovative Dienste zu schaffen, sondern auch das Wachstumspotential der digitalen Wirtschaft bestmöglich auszuschöpfen. Je

schneller wir die Rahmenbedingungen für Unternehmen in diesem Sektor verbessern, desto besser gestalten sich die Marktchancen für europäische Unternehmen und die Aussichten auf eine Vorreiterrolle der EU insgesamt. Mit gemeinsamen Standards kann die Europäische Union ihre Wettbewerbsfähigkeit vor allem gegenüber den Konkurrenten USA, China und Indien steigern. Auch hier ist mehr Europa hilfreich.

Griechenland muss Sparauflagen erfüllen!

Nach einem monatelangen Pokerspiel der links-rechten Regierung Tsipras mit den Euroländern hat das griechische Parlament im August mehrheitlich für das in Brüssel verhandelte neue Reformpaket gestimmt. Dies war Voraussetzung für das dritte Hilfs- und Anpassungsprogramms in Höhe von 86 Milliarden Euro, welches auf drei Jahre angelegt ist. Nach dem griechischen Parlamentsbeschluss, den ersten Vereinbarungen und der Rettungsschirm-

Zusage der Geldgeber kommt es jetzt auf die Umsetzung der Strukturreformen in Griechenland an. 13 Milliarden Euro hat Griechenland von den Euro-Partnern bereits erhalten, damit das Land seinen dringenden finanziellen Verpflichtungen für auslaufende Anleihen und Zinsen gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) in Höhe von 3,4 Milliarden Euro nachkommen konnte. Dies stellte die Voraussetzung dar, um die Zustimmung der Eu-

ro-Finanzminister für die Überweisung der ersten Tranche des Hilfspakets in Höhe von 23 Milliarden Euro an Athen zu erhalten.

Den Rücktritt des griechischen Premierministers Tsipras kurz nach Annahme des Rettungspakets und die dadurch ausgelösten vorgezogenen Parlamentswahlen Ende September kann eine Chance sein, aber auch problematisch werden. Fakt ist, trick-sen gilt nicht! Alle Verträge und Vereinbarungen mit den Geldgebern sind selbstverständlich auch nach den Neuwahlen gültig und müssen eingehalten werden. Andern-

falls werden die Kredite nicht ausbezahlt. Das ist der Vorteil von der Auszahlung unterschiedlicher Tranchen. Derselbe Alexis Tsipras, der sich erst im Juli per Referendum ein klares Mandat zur Bekämpfung von EU-Sparplänen geholt hat, will nun ein neues und starkes Regierungsmandat für genau das Gegenteil erwirken. Gut und hilfreich wäre es, wenn die neue griechische Regierung wieder zum verlässlichen Partner der Quadriga (EZB, Europäische Kommission, IWF und ESM) wird und es dadurch zur Bestätigung des Reformkurses kommt.

Fünf-Punkte-Plan zur EU-Asylpolitik

Die Herausforderungen der Flüchtlingsströme können von den Nationalstaaten alleine nicht mehr bewältigt werden. Nur mit gemeinsamen europäischen Ansätzen können Lösungen erreicht werden. Dazu müssen bereits begonnene Vorhaben konsequent verwirklicht werden und neue Maßnahmen dazu kommen. Es wird ein Mix aus freiwilliger Koordinierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten und neuen verbindlichen EU-Standards sein müssen.

Eine europäische Asylpolitik müsste sich nach meinen Vorstellungen auf die folgenden fünf Bereiche konzentrieren:

- Umsetzung eines EU-Verteilungsschlüssels für Flüchtlinge auf alle EU-Länder. Die Blockade durch einige mitteleuropäische Länder ist beschämend. Solidarität ist keine Einbahnstraße und jedes Land muss einen Beitrag leisten.
- Einheitliche Definition und Anwendung von sicheren Herkunftsländern in allen EU-Staaten. Es muss klar sein, dass Asylanträge aus Ländern mit gefestigten Demokra-

ten, und dazu gehören alle Westbalkanländer, nicht akzeptiert werden.

- Geltende EU-Mindeststandards für die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen sollten um Bestimmungen zu Sachleistungen ergänzt werden. Diese sollten einheitlich und vergleichbar sein und sich an der Kaufkraft in dem jeweiligen EU-Land orientieren.
- Die EU muss ernst machen mit Erstaufnahme- und Beratungseinrichtungen in den Herkunftsländern. Die Tragödien auf dem Mittelmeer und anderswo können vermieden werden, wenn vor Ort aussichtsreiche Asyl-anträge bearbeitet werden können.
- Die EU muss Entwicklungszusammenarbeit zu einem Schwerpunkt ihrer Außenpolitik machen. Nur wenn es auf breiter Front zu einer Verbesserung der Bildungs- und Erwerbschancen in den Ländern Afrikas kommt, wird der Migrationsdruck zu bewältigen sein.

TTIP: Stand der Verhandlungen

Es sind nur vier Buchstaben, aber die sorgen in den letzten Wochen für heftige Debatten: TTIP, das Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA.

TTIP-Gegner verbreiten fortwährend Halb- und Unwahrheiten und verunsichern die Menschen in Europa mit fragwürdigen Kampagnen, anstatt sich einer Faktenbasierten Debatte zu stellen. Die Globalisierung findet statt und das Freihandelsabkommen bietet Europa eine echte Chance, weiterhin in der Welt eine führende Rolle zu spielen und zukünftige internationale Regeln und Standards zu setzen.

Die Kommission erarbeitet gemeinsam mit den US-Verhandlungspartnern einen Vorschlag zum Freihandelsabkommen, über den das Parlament und der Rat am Ende abstimmen werden. Das EU-Parlament hat im Juli bereits einen Standpunkt zu TTIP in Form eines Berichts verabschiedet. In diesem Bericht, der rechtlich nicht bindend ist, positioniert sich das EU-Parlament inhaltlich zum Freihandelsabkommen und gibt der EU-Kommission Empfehlungen für die folgenden Verhandlungsrunden. Mit der Stellungnahme sendet das Parlament ein starkes Signal an die EU-Kommission, welche Bedingungen TTIP letztlich erfüllen muss, um im Europäischen Parlament eine Mehrheit zu erlangen. Das Thema Investitionsschutz und Schiedsgerichte stellte dabei den Hauptstreitpunkt dar. Das EU-Parlament hat sich dafür ausgesprochen, das alte Verfahren zur Beilegung von Strei-

tigkeiten zwischen Investoren und Staaten (Investor- State- Dispute- Settlement- Mechanism- ISDS) durch ein reformiertes Schiedsgerichtssystem zu ersetzen. Die Verfahren sollen zukünftig transparenter sein und von öffentlich bestellten unabhängigen Berufsrichtern verhandelt werden. Sie sollen einen Berufungsmechanismus beinhalten, die Rechtsprechung der Gerichte der Mitgliedsstaaten nicht beeinträchtigen, sowie Ziele des Gemeinwohls nicht untergraben. Weiterhin waren kritische Themen wie die Ausnahme der Daseinsvorsorge aus dem Abkommen, Abbau von Zöllen, die Erhaltung von Standards, und regulatorische Zusammenarbeit Teil des Parlaments-Berichts. Ich sehe die Resolution des Parlaments nicht nur als starkes Zeichen an die Verhandlungspartner, sondern ebenso als positives Signal an die Bürger.

Die EU-Kommission informiert regelmäßig die Öffentlichkeit über den Stand der Verhandlungen und stellt zu einer breiten Palette an Themen Positionspapiere und in vielen Fällen sogar die Textvorschläge der EU-Kommission online. Dabei zeigt sich bisher, dass die Vorstellungen des EU-Parlamentes und der EU-Kommission in vielen Punkten eng beieinander liegen.

Wir haben großes Interesse daran, einen transatlantischen Markt zu erschaffen, für Wettbewerb zu sorgen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Im EU-Ausland werden Roaming-Gebühren für Handytelefonate ab April 2016 drastisch gesenkt und ab 15. Juni 2017 entfallen

Mit dem Wegfall der Roaming-Aufschläge, d.h. die Mehrkosten für Telekommunikationsdienste im Ausland, zahlen die Mobilfunknutzer dann bei Reisen innerhalb der EU denselben Preis wie zu Hause. Für regelmäßige und starke Nutzung von Handys im EU-Ausland dürfen aber Anbieter beim Erreichen bestimmter Mengen an Anrufen, SMS oder Daten Aufschläge erheben. Diese sollen aber deutlich unter

den derzeitigen Obergrenzen liegen. Darüber hinaus wird Roaming schon ab 30. April 2016 um ca. 75% günstiger als zurzeit. Die Betreiber dürfen dann auf die national geltenden Tarife nur noch folgende Zuschläge erheben: 5 Cents pro Minute eines Anrufs (derzeit 19 Cent für abgehende, fünf Cent für eingehende Anrufe), 2 Cent für jede gesendete SMS (derzeit sechs Cent), und maximal 5 Cent pro Da-

ten-MB (derzeit 20 Cent); jeweils ohne Mehrwertsteuer. Bei den sog. Roaming-Gebühren handelt es sich um die Zuschläge, die für Telefongespräche, SMS-Versand oder Internetnutzung mit dem Handy im EU-Ausland erhoben werden. Nachdem diese vom Parlament per EU-Gesetz in den letzten Jahren bereits schrittweise gesenkt worden sind, ist nunmehr ein völliges Aus für diese Zuschläge absehbar. Darauf haben sich Parlament und Rat geeinigt, wobei vom Parlament auch durchgesetzt werden konnte, dass der gesamte Internetverkehr ohne Diskriminierung gleich behandelt wird. Mit den neuen Regeln zur Netzneutralität erhalten Nutzer freien Zugang zu den Inhalten ihrer Wahl, sie werden nicht mehr ungerechterweise blockiert oder ihre Geschwindigkeit ge-

drosselt; ein bevorzugter Zugang gegen Bezahlung wird verboten. Kein User muss befürchten, dass seine Daten wegen einer vollen Firmenleitung erstmal geparkt werden

Das Parlament hatte bereits am 3.4.2014 für ein Verbot von Roaming-Gebühren ab 15.12.2015 votiert. Denn diese Zuschläge entsprechen in keiner Weise dem nur noch minimalen technischen Aufwand, der durch Roaming entsteht. Die erforderliche Zustimmung der Mitgliedstaaten im Rat konnte aber erst jetzt in einem Kompromiss für die Zeit nach dem 15.6.2017 erzielt werden. Der Kompromiss muss noch formell durch das Plenum und den Ministerrat gebilligt werden, um in Kraft treten zu können

Mein Einsatz gegen die Zeitumstellung

Nach wie vor bekomme ich jedes Jahr unzählige Email, Briefe und Anrufe mit Beschwerden über die Zeitumstellung. Auf die Unsinnigkeit des halbjährigen Vor- oder Zurückdrehens der Uhren habe ich in den letzten Jahren immer wieder mit verschiedenen Aktionen aufmerksam gemacht.

Aber gerade in dem letzten halben Jahr ist einiges in Gang gesetzt worden. Im März fand im EU-Parlament auf meine Anregung hin eine gemeinsame Anhörung dreier Fachausschüsse unter dem Titel „time to revisit summertime“ statt. In der Anhörung wurden die Auswirkungen der Zeitumstellung auf verschiedene Aspekte der Wirtschaft, die Gesundheit und Sicherheit, sowie auf den Energieverbrauch und Verkehr betrachtet. Aus den Reihen der EU-Parlamentarier wird der Gegenwind jährlich stärker und auch die Experten waren

sich einig: Die Einführung der Sommerzeit hat ihren Zweck verfehlt. Die angeblichen Energieeinsparungen sind ein reiner Mythos, der uns obendrein nur noch mehr Geld kostet. Zudem bringt die Zeitumstellung unsere biologische Uhr durcheinander. Das dadurch entstehende Missverhältnis zwischen innerer und sozialer Uhr führt, laut Schlafforscherin Prof. Martha Merrow (Universität München), zu einem sozialen Jetlag. Dieser sogenannte Jetlag korreliert kurzfristig mit gestiegenen Unfallraten und Herzinfarkttrisiko sowie langfristig mit anderen Gesundheits- und Leistungsdefiziten, wie Übergewicht und Suchtanfälligkeit. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der Unmut in der Bevölkerung über die Zeitumstellung jährlich zunimmt. Es kann nicht sein, dass wir wertvolle Lebensqualität durch ein sinnloses Gesetz absichtlich schwächen.

Meine Arbeit im Bergischen Land

Bürgeranliegen: Mich erreichen täglich Briefe, Emails und Telefonanrufe von Bürgern aus dem ganzen Wahlkreis mit Fragen und Anliegen rund um Europa und auch darüber hinaus.

Bürgersprechstunden: In regelmäßigen Abständen biete ich den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis Sprechstunden an. Dort werden die unterschiedlichsten Anliegen an mich heran getragen. Im Europabüro in Bergisch Gladbach oder im Bürgertreff in Leichlingen sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Veranstaltungen im Wahlkreis: Neben zahlreichen Veranstaltungen vor Ort, bei denen ich als Redner, Diskussionspartner oder Vertreter der Politik zu Gast bin, führe ich auch regelmäßig selbst Veranstaltungen in meinem Wahlkreis durch, um Europa und Europapolitik für die Bürger anschaulich zu vermitteln, so z.B.:

- Informationsveranstaltung zum Thema: TTIP und CETA – Brücken in die Zukunft - Chancen des Freihandelsabkommens zwi-

schen der EU und den USA sowie Kanada in Leichlingen

○ Matinee mit dem Russland und GUS-Experten Horst Kläuser zum Thema: Ukraine-Konflikt – Aktuelle Entwicklungen und mögliche Perspektiven, Leichlingen
○ Europa-Matinee zu aktuellen europapolitischen Themen

Presse und Öffentlichkeitsarbeit: In zahlreichen Pressemitteilungen sowie auf meiner Homepage informiere ich regelmäßig über die Entwicklungen in der Europapolitik. Außerdem spreche ich regelmäßige mit Journalisten über aktuelle Themen und nutze natürlich die Möglichkeit, Journalisten zu mir ins Europäische Parlament in Brüssel und Straßburg einzuladen. Die Ergebnisse der Plenarwochen in Straßburg fasse ich jeweils abschließend in einem kurzen Video und in meinem Newsletter „Europapost - Infos aus Straßburg“ zusammen. Zusätzlich gebe ich zweimal im Jahr den Newsletter "Europa inForm" heraus.

Einige Arbeitsbeispiele aus dem Bergischen Land

Besuche in Schulen:

u.a. Podiumsdiskussion am Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium Wuppertal: „Mehr Freihandel wagen?“; Friedenstag an der Gesamtschule Bergisch Gladbach; EU-Schulprojekttag an der Bettine-von-Arnim-Gesamtschule Langenfeld; Lesung Europäischer Märchen an der Katholischen Grundschule Bergisch Gladbach; Red Hand Day am Gymnasium Leichlingen; Preisverleihung des Europäischen Schülerwettbewerbs der Europa Union Leverkusen am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium, Leverkusen; Besuch des Otto-Hahn-Gymnasiums in Monheim, Europawoche am Gymnasium Herkenrath in Bergisch Gladbach; Projektpate für „Schule ohne

Rassismus“, Freiherr-vom-Stein-Gymnasium, Leverkusen

Besuche in Institutionen und Unternehmen

u.a. Kreishandwerkerschaft Bergisches Land, Bergisch Gladbach; Industrie- und Handelskammer Köln zum Thema Ausbildung und Jugendgarantie; Galvano Röhrig GmbH, Solingen; Stadt Velbert zum Thema "Europa mitgestalten - Visionen für ein Europa", Velbert; EDUARD KRONENBERG GmbH | Stanz- und Kunststofftechnik, Haan; K.D.St.V. Rappoltstein Straßburg zu Köln; Seco Tools GmbH, Erkrath

Herausforderungen für die nächsten fünf Jahre

Nach der Wahl haben wir als CDU/CSU-Gruppe unsere Prioritäten für die kommenden fünf Jahre erstellt:

- Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Europa. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht ein Umfeld, in dem sich Investitionen in Forschung und Innovation lohnen. Wir fordern eine moderne Industriepolitik und ein mittelstandsfreundliches Umfeld, dazu gehört auch der weitere Abbau von Bürokratie. Zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit wollen wir mehr Mobilität in der EU.
- Die Vollendung des Europäischen Binnenmarkts. Nach über 20 Jahren des freien Verkehrs von Personen, Waren und Dienstleistungen innerhalb der EU ist der Europäische Binnenmarkt noch nicht vollständig ausgebildet. Dies gilt zum einen für den großen Bereich der Energie - also z.B. ein gemeinsames Strom- und Gasnetz oder die abgestimmte Förderung Erneuerbarer Energien.
- Die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes. Wir benötigen gemeinsame Datenschutzregeln, modernen Urheberrechtsschutz, geeignete harmonisierte Rahmenbedingungen für Plattformbetreiber und Onlinehandel. Ebenso brauchen wir mehr Anreize für flächendeckenden Breitbandausbau und Investitionen in innovative Geschäftsmodelle und Technologien.

• Stabile Finanzen und ein starker Euro. Die beschlossenen Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakt gilt es konsequent anzuwenden und einhalten.

• Stärkere Berücksichtigung der Subsidiarität. Aufgaben sollen möglichst nah am Bürger erledigt werden. Die EU muss sich nicht um alles kümmern.

• Sichere Grenzen nach Außen, die Bekämpfung von Kriminalität und eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik. Insbesondere die Flüchtlingsfrage hat sich zu einer der entscheidenden Fragen für Europa entwickelt. Wir setzen uns für europäische Lösungen ein, die die Vielschichtigkeit des Problems angehen: durch Bekämpfung der Schlepperbanden, Grenzkontrollen, Entwicklungshilfe in den Heimatländern und eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union.

• Eine effektivere europäische Außenpolitik. Auf Fragen zur Transatlantischen Partnerschaft, zum außenpolitischen Handel, aber auch zum Umgang mit Staaten in der direkten Nachbarschaft brauchen wir eine gemeinsame europäische Strategie.

Für Ihre Anliegen habe ich weiterhin ein offenes Ohr, ob durch Briefe, Emails, Anrufe oder im persönlichen Gespräch. Der Kontakt zu Ihnen ist mir wichtig!

Europäisches Parlament, Brüssel

☎ 0032 228 47244

☎ 0032 228 492 44

✉ herbert.reul@ep.europa.eu

📄 Europäisches Parlament

ASP 14 E 101-111,

Rue Wiertz 60

B-1047 Brüssel

Europäisches Parlament, Straßburg

☎ 0033 388 177244

☎ 0033 388 179244

📄 Europäisches Parlament

LOW T 12036,

Allée du Président

Robert Schumann

F-67070 Strasbourg Cedex

Europabüro Bergisch Gladbach

☎ 02202 93695 55

☎ 02202 93595 61

📄 Am Stadion 18-24,

51465 Bergisch Gladbach

✉ h.reul@herbert-reul.de

www.herbert-reul.de

Bericht der Landtagsabgeordneten Rainer Deppe und Holger Müller für den 65. CDU-Kreisparteitag



Auch drei Jahre nach der Landtagswahl machen SPD und Grüne trotz höchster Steuereinnahmen neue Schulden in Milliardenhöhe. Sie vergeuden Finanzmittel für Wahlgeschenke, grüne Klientelpolitik, benachteiligen unseren ländlichen Raum und bevormunden die Bürgerinnen und Bürger mit alter Arroganz.

Rainer Deppe und Holger Müller nehmen als Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion mindestens drei Aufgaben wahr: Sie vertreten den Rheinisch-Bergischen Kreis im Landtag. Sie positionieren sich mit politischen Anträgen zu ihren Themenbereichen – Rainer Deppe als umweltpolitischer Sprecher und Holger Müller als sportpolitischer Sprecher und Tourismusbeauftragter der CDU-Landtagsfraktion. Beide erfüllen auch das Wächteramt der Opposition. Eine Opposition darf nicht nur sagen, wo sie dagegen ist. Sie muss auch sagen, wo sie dafür ist. Deshalb ist es Selbstverständnis der CDU-Landtagsfraktion, eigene Konzepte zu erarbeiten.

Die aktuelle Wahlperiode hat außerplanmäßig begonnen. Nach der Auflösung des Landtags im März 2012 gibt es vorgezogene Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen. Danach hat sich der neue Landtag konstituiert. Die CDU-Abgeordneten bestätigen den Fraktionsvorsitzenden Karl-Josef Laumann im Amt. Gemeinsam mit dem neuen CDU-Landesvorsitzenden Armin

Laschet übernimmt er die Aufgabe, das Wahlergebnis zu analysieren und neue Antworten für die CDU zu formulieren.

Die Strategie der CDU-Landtagsfraktion umfasst drei wesentliche Zielrichtungen. Erstens: Die Spielräume für Rot-Grün eng machen. Zweitens: Das Land und die Haushaltskassen für eine finanzpolitisch stabile Zukunft fitmachen. Und drittens: Nordrhein-Westfalen als Aufsteigerland gestalten, das in der Champions League mitspielt. Ob in der Bildungspolitik oder in der Wirtschaftspolitik.

Die größte Herausforderung von heute und morgen ist der demografische Wandel. Er wirkt schon heute. Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion untersucht der Landtag in einer Enquete-Kommission, wie die öffentlichen Haushalte tragfähig bleiben: bei kleiner werdender Bevölkerung und weniger Wachstum.

Vorbereitung auf Schuldenbremse treffen

Die Klänge dieser Zukunftsmusik sind aus der Ferne schon deutlich zu hören. Sie bestimmen schon heute den politischen Takt. So schreibt die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse die Nullverschuldung ab 2020 zwingend vor. Darauf hat Rot-Grün das Land nicht ordentlich vorbereitet. Immer neue Schulden statt Abbau der Verschuldung. Lieber Wahlgeschenke verteilen statt Vorsorge treffen. Rot-Grün handelt vorsätzlich wider besseres Wissen. Trotz höchster Steuereinnahmen nimmt Rot-Grün weiter Schulden auf anstatt in die umgekehrte Richtung zu gehen.

Dabei schreiben im Bundesvergleich bereits acht Länder schwarze Zahlen. Das zeigt: Es ist möglich, den Haushalt zu sanieren. Aber trotz neuer Schulden fehlt der Spielraum, um beispielsweise die Beamtenbesoldung gerecht zu regeln. Tausendfacher Protest ist die Folge. Zugleich werden die Spielräume

für die Landesregierung immer enger. Entgegen der vollmundigen Ankündigung von SPD-Ministerpräsidentin Kraft, dass kein Kind zurückgelassen werde, bleiben abertausende Kinder zurück. Schlechtes Regierungsmanagement und ideologisches Vorgehen sind daran schuld: Ob Doppelter Abiturjahrgang, U-3-Betreuung oder Unterrichtsausfall. Rot und Grün rauben Kindern Chancen.

Die CDU-Fraktion hat eigene Initiativen und Anträge entwickelt: So könnten mit beherzter Konsolidierungspolitik bis 2020 rund zehn Milliarden Euro im Landeshaushalt erwirtschaftet werden. Zu allen relevanten Politikfeldern hat die Fraktion eine Vielzahl eigener Vorstellungen erarbeitet und als Anträge im Landtag eingebracht.

Rot-Grün ohne klaren Kurs in der Energiepolitik

Als bevölkerungsreichstes Bundesland, als größtes Industrieland, als größter Stromerzeuger und größter Stromverbraucher in Deutschland und als größter Nettostromzahler im Ländervergleich geht es für Nordrhein-Westfalen bei der anstehenden Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) um sehr viel. Gerade in einer Zeit, in der in Düsseldorf, Berlin und Brüssel die entscheidenden Weichen zum Gelingen der Energiewende gestellt werden, wäre es unbedingt notwendig, dass diese Landesregierung geschlossen und mit einem Plan in die Debatte ginge. Das Gegenteil der Fall. Trotz mehrfacher Aufforderungen der CDU-Fraktion im Landtag liegt der von der rot-grünen Landesregierung für Herbst 2012 angekündigte Masterplan, der die Herausforderungen im Energiebereich definieren und Lösungen darstellen sollte, bis heute nicht vor.

Als der wichtigste Standort der energieintensiven Industrie profitieren Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen überproportional von den Erleichterungen bei der EEG-Umlage. So haben allein 660 Un-

ternehmen oder Unternehmensteile ihren Sitz in NRW, die 2014 teilweise oder weitgehend von der EEG-Umlage befreit sind (von deutschlandweit 2.098). Nach dem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Prognos-Gutachten von Oktober 2012 zur energieintensiven Industrie arbeiten beispielsweise in der Stahlindustrie allein in NRW rund 86.000 Menschen, in der Chemieindustrie sind es ca. 65.000 und in der Papierindustrie stehen rund 50.000 Mitarbeiter in Lohn und Brot. Statt einer klaren Positionierung der gesamten rot-grünen Landesregierung fordert die SPD jedoch weiterhin Ausnahmen, während die Grünen das genaue Gegenteil wollen.

Gerechte Bildung durch guten und qualitativ sinnvollen Unterricht

Als CDU-Landtagsfraktion stehen wir hinter dem Schulkonsens, der den Kommunen die bestmöglichen Voraussetzungen bietet, in Zeiten des demographisch bedingten Schülerrückgangs ein attraktives Schulangebot vor Ort aufrechtzuerhalten.

Wir lehnen gleichmacherische Einheitsbestrebungen ab, die jedes Kind und jeden Jugendlichen über einen Kamm scheren wollen. Das bedeutet für uns, dass alle Schulformen dort, wo sie vor Ort von den Eltern gewollt werden, eine Perspektive und Entwicklungsmöglichkeiten haben müssen. Ein ideologisches Festhalten an Schulstrukturdebatten ist aus Sicht der CDU für die Frage der Qualität von Schulbildung nicht zielführend. Vor allem die Vielfalt der Schullandschaft muss erhalten bleiben. Alle bestehenden Schulen müssen gleichwertig unterstützt werden. Wir sind daher gegen die Bevorzugung von bestimmten Schulen aus ideologischen Gründen.

Eine erste Initiative zur qualitativen Verbesserung von Schule war die Verabschiedung des Gesetzes zum Erhalt kleiner Ganztagschulen. Dieses Gesetz war der letzte Teil des verabredeten Schulkonsenses. Die Frage nach dem Erhalt von kleinen Grundschulen vor allem im ländlichen Raum wurde von der CDU-Fraktion, durch ihren ehemaligen Vor-

sitzenden Karl-Josef Laumann, mit in die Verhandlungsmasse aufgenommen. Kleine Teilstandorte können nun auch in ländlichen Regionen durch flexible Lösungen erhalten bleiben. Das ist nicht nur wichtig für Eltern und Kinder, sondern insgesamt für die Standortentwicklung von Kommunen.

Mehr Qualität in der Kinderbetreuung

Oberstes Ziel ist und bleibt eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, die in erster Linie das Kindeswohl in den Blick nimmt. Das hat im Übrigen auch für die meisten der Eltern Vorrang. Wer vom Kind aus denkt, der bemisst eine gute Kinderbetreuung in erster Linie an ihrer Qualität, und weniger daran, ob sie beispielsweise kostenlos ist. Daher haben wir frühzeitig konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes vorgestellt und diese mit konkreten Forderungen untermauert. Dazu zählen u.a. bedarfsgerechte und flexible Lösungen für erweiterte Öffnungszeiten, ohne dass es zu längeren Anwesenheitszeiten der Kinder in den Kitas kommen muss. Zudem setzen wir uns für eine nachhaltige Finanzierung von Hauswirtschaftskräften ein, damit die Erzieherinnen und Erzieher zugunsten der pädagogischen Arbeit am Kind entlastet werden. Wir halten es für unverantwortlich, dass die rot-grüne Landesregierung qualitative Verbesserungen in den Kitas seit Regierungsübernahme verschleppt hat.

Sportförderung schon bei den Kindern beginnen

Die wichtigste sportpolitische Herausforderung ist für uns, dass möglichst allen Kindern Bewegungsfreude und Freude am Sport vermittelt wird. Um Kinder frühzeitig an den Sport heranzuführen, setzen wir uns für den weiteren qualitativen Ausbau von anerkannten Bewegungskindergärten ein. Die Kinder sollen

durch Bewegung, Spiel und Sport früh ihre motorischen Fähigkeiten entwickeln und verbessern.

Daneben ist für uns die Durchführung von sportmotorischen Tests in der Grundschule wichtig. Die Tests bieten eine Basis für die frühe Förderung von Kindern nach ihren individuellen Fähigkeiten, Begabungen und Neigungen. An einigen Grundschulen in NRW sind motorische Tests zur Messung des sportlichen Leistungsstandes und der motorischen Auffälligkeit bereits mit großem Erfolg und hoher Akzeptanz eingeführt. Daher setzt sich die CDU-Landtagsfraktion für eine flächendeckende Einführung der motorischen Tests ohne zusätzliche bürokratische Hürden ein.

Weitere wichtige sportpolitische Themen sind die Honorierung und Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit der Übungsleiter in den Vereinen sowie die Verbesserung der Fördermaßnahmen zur fachlichen und pädagogischen Qualifizierung von Trainern und Betreuern. Wir setzen uns zudem für eine Zweckbindung der Sportpauschale ein, so dass diese in allen Kommunen auch nur für Sportzwecke eingesetzt werden kann. Die stärkere Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Sportvereinen und -verbänden ist gerade unter dem Hintergrund der steigenden Flüchtlingszahlen wichtig. Sport bietet durch sein Potenzial zahlreiche Möglichkeiten, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die Gesellschaft einzubinden.

Rot-Grün vernachlässigt Infrastruktur

Trotz 10 Milliarden Euro neuer Schulden in den ersten drei Jahren unter Rot-Grün wurde die Infrastruktur nicht bedacht. Denn gleichzeitig ging der Ausbau der Bundesfern- und der Landesstraßen deutlich zurück. Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile Stauland Nr.1 und die Straßen sind längst zum Nadelöhr für den Individualverkehr sowie für den Warentransport geworden. Im Jahr 2013 musste Verkehrsminister Groschek rund 42 Mio. Euro an den Bund zurückgeben und mittlerweile hat er einge-

standen, dass 2014 und sogar noch 2015 Mittel vom Bund in Millionenhöhe nicht abgerufen werden können. Das war seine verkehrspolitische Bankrotterklärung.

NRW braucht eine Kehrtwende in der Verkehrspolitik. Nie hat es seit der Wiedervereinigung mehr Landes- und Bundesfernstraßenbau in NRW gegeben als zu Zeiten der CDU-geführten Landesregierung von 2005 bis 2010. In den Jahren 2009 und 2010 wurden Rekordsummen in die Infrastruktur verbaut, trotz Haushaltskonsolidierung. Die Zahlen über Planfeststellungen und verbaute Bundesmittel sprechen für sich. Seit Regierungsübernahme durch Rot-Grün ging der Straßenausbau dramatisch zurück. Von Anfang an wurde der falsche Weg eingeschlagen. So wurden z. B. Planungen im Bundesfernstraßenbau auf Rot gestellt. Verkehrsminister Groschek muss endlich mehr Planfeststellungsbeschlüsse vorantreiben, denn nur, wenn diese vorliegen, können Bundesgelder fließen. Lokal kämpfen wir beispielsweise für einen schnellstmöglichen Bau der Leverkusener Autobahnbrücke der A1 über den Rhein – im Landtag wie auch auf Ebene des Regionalrats.

Elementar wichtig ist auch der Ausbau der Schieneninfrastruktur wie z. B. der zweigleisige Ausbau der S11 zwischen Köln-Delbrück und Bergisch Gladbach. Wegen seiner herausragenden Bedeutung für den Schienenpersonenfernverkehr und nicht zuletzt für den Rhein-Ruhr-Express (RRX) handelt es sich hierbei um ein wichtiges Infrastrukturprojekt von regionaler und überregionaler Bedeutung in NRW und für den Rheinisch-Bergischen Kreis. Nun ist die Landesregierung im wahrsten Sinne des Wortes am Zug.

Polizei gehört auf die Straße und nicht hinter den Schreibtisch

Unter diesem Motto haben wir vorgeschlagen, bis zum Jahr 2017 insgesamt 1.000 sogenannte „Polizeiverwaltungsas-

sistenten“ einzustellen, die künftig Schreibarbeiten in den Polizeidienststellen erledigen sollen. Dadurch könnten zahlreiche Polizeibeamte für den operativen Dienst zurückgewonnen werden, die derzeit Aktenberge statt Straftaten bekämpfen. Dieser Antrag wurde von Rot-Grün abgelehnt.

Um sicherzustellen, dass der Polizei Nordrhein-Westfalens auch bei schrumpfenden Bevölkerungszahlen eine ausreichende Anzahl qualifizierter Bewerber zur Verfügung steht, haben wir uns zudem dafür eingesetzt, dass auch Bewerber mit mittleren Bildungsabschlüssen wieder eine Ausbildungsperspektive bei der Polizei erhalten. Durch die Öffnung des Bachelorstudienganges „Polizeivollzugsdienst“ für gute Realschüler, wollen wir nicht zuletzt dem Anspruch der Polizei als „Spiegelbild der Gesellschaft“ Rechnung tragen.

Der Anstieg bei den Fallzahlen des Wohnungseinbruchs ist in den letzten Jahren alarmierend. Im Jahr 2014 hat die Stadt Köln aufgrund 40-prozentigem Anstieg der Einbrüche einen Hilferuf an die Landesregierung gesendet. Und auch der Rheinisch-Bergische Kreis hat in den letzten fünf Jahren mit einer Verdoppelung der Einbruchszahlen zu kämpfen. Dabei liegen die Lösungsansätze auf dem Tisch. Gemeinsam haben wir vom Innenminister Jäger gefordert, dass im Rheinisch-Bergischen Kreis die in Bayern bereits erprobte Technik zur vorausschauenden Polizeiarbeit „Predictive Policing“ bei uns im Kreis eingesetzt werden kann. Der Minister hat sich für Köln und Duisburg als Kommunen für den Probebetrieb eingesetzt – unserem Kreis wird der Einsatz der Technik bisher verwehrt.

Umwelt: Gegen Bevormundung und ideologische Überregulierung

In kaum einem Politikbereich ist die Regulierungswut der rot-grünen Landesregierung so stark nachzuvollziehen wie im Bereich des Klima- und Umweltschutzes sowie der Land- und Forstwirtschaft. 30.000 Jäger gingen in diesem Jahr gegen das neue Jagdgesetz auf die Straße, das weniger Waidge-

rechtigkeit aber dafür dem Paradigmenwechsel hin zu „Wald vor Wild“ einläutet. Landwirte und Jäger werden quer durch die Bank als Akteure gegen den Naturschutz stilisiert. Grün diktiert hier die Themen und Rot lässt dem Koalitionspartner wider besseren Wissen freie Hand.

Ein weiteres Beispiel für die Bevormundungspolitik der Grünen ist die Umsetzung der Dichtheitsprüfung. Daher hat die CDU-Landtagsfraktion gemeinsam mit der FDP-Fraktion am 21. Juni 2012 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswassergesetzes in den Landtag eingebracht. Wir wollen, dass eine Dichtheitsprüfung nur bei begründetem Verdacht in Frage kommen soll. Im Februar 2013 wurde von Rot-Grün im Landtag die Dichtheitsprüfung gesetzlich festgelegt und den Gemeinden die Verantwortung für diese Prüfung den Städten und Gemeinden in die Schuhe geschoben. Wir wollen nicht, dass die Hausbesitzer in Wasserschutzgebieten unter Generalverdacht gestellt werden.

Der Hochwasserschutz hat in NRW nicht den Stellenwert, den er verdient. Daher haben wir die von Rot-Grün beschlossene 25%ige Kürzung der Investitionsmittel im Haushalt 2013 entschieden abgelehnt und im Haushalt 2014 sogar eine Erhöhung beantragt, die durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert wird.

Hilflos und ohne Plan bei der Flüchtlingspolitik

Eine Überforderung in dramatischer Situation erleben derzeit die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bei der Unterbringung der Flüchtlinge. Täglich werden auch den Kommunen im Kreis neue Flüchtlinge zugewiesen. Für das Jahr 2015 geht die Maiprognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bislang angesichts weiterer Krisenherde

von einem erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen auf 450.000 Erstanträge aus – neuere Prognosen gehen von mehr als 700.000 Flüchtlingen aus. Nordrhein-Westfalen rechnet in diesem Jahr mit 100.000 Flüchtlingen – das wären mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2014.

Hinzu kommen sogenannte geduldete Flüchtlinge, die allein von den Kommunen zu versorgen sind und deren Kosten die Kommunen vollständig tragen. Die Landesregierung ist gefordert, die Ausländerbehörden in den Kreisen und kreisfreien Städten mit dem ausreichenden Personal auszustatten, damit die enorm angestiegenen Fallzahlen abgearbeitet werden können. Fakt ist, dass sich das Land zwischenzeitlich bei den Kommunen und selbst bei den Kreispolizeibehörden Personal beleihet und damit die kommunale Situation noch verschärft. Viel wichtiger ist jedoch ein hundertprozentiger Ausgleich der kommunalen Flüchtlingskosten. Dabei reicht es nicht, dass die Landesregierung die Forderungen der Kommunen nur hilflos eins zu eins Richtung Bundesregierung weiterleitet. Auch durch anteilige Umschichtungen im Landeshaushalt muss das Land NRW seiner Verpflichtung zum Ausgleich der kommunalen Flüchtlingskosten nachkommen.

Kontakt!

Rainer Deppe MdL

T: (02 11) 8 84 - 23 40

F: (02 11) 8 84 - 32 27

rainer@deppe-direkt.de

www.deppe-direkt.de

Holger Müller MdL

T: (02 11) 8 84 - 22 63

F: (02 11) 8 84 - 33 68

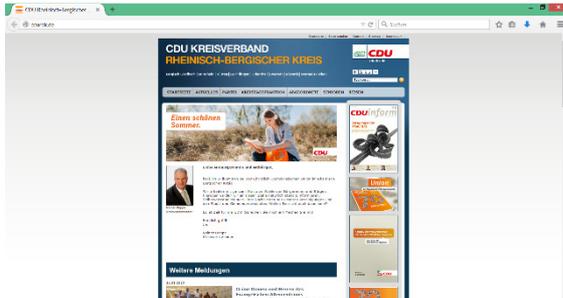
holger.mueller@landtag.nrw.de

www.klartext-mueller.de

Internet und Soziale Medien

Der Kreisverband der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis präsentiert sich seit Jahren im Internet und in Sozialen Netzwerken:

www.cdurbk.de



www.facebook.de/cdurbk



www.twitter.com/cdurbk



Impressum

Herausgeber:
CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 0 22 02 – 9 36 95 – 0
Telefax: 0 22 02 – 9 36 62 – 22
E-Mail: info@cdurbk.de
Internet: www.cdurbk.de

Verantwortlich:
Thomas Frank, Kreisgeschäftsführer

Gestaltung:
Thomas Frank, Lennart Höring

Druck:
Eigenproduktion CDU-Center

Struktur und Inhalt des Berichts sind urheberrechtlich geschützt. Die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Textteilen oder Bildmaterial bedarf der vorherigen Zustimmung.